

Amtliches Bulletin der Bundesversammlung Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale

Ständerat – Conseil des Etats

1991

Januarsession – 16. Tagung der 43. Amtsdauer
Session de janvier – 16^e session de la 43^e législature

Erste Sitzung – Première séance

Montag, 21. Januar 1991, Nachmittag
Lundi 21 janvier 1991, après-midi

15.15 h

Vorsitz – Présidence: Herr Affolter

Nachrufe – Eloges funèbres

Präsident: Das Ende des letzten Jahres wurde durch den Tod von zwei ehemaligen Präsidenten des Ständerates, der Herren Paul Torche und Bixio Bossi, getrübt.

Herr Paul Torche wurde am 6. Juli 1912 geboren. Nach der Matura am Kollegium St. Michael war er Student an der juristischen Fakultät der Universität Freiburg. Schon sehr jung wurde er in den Freiburger Grossen Rat gewählt, und im Jahre 1946 schaffte er als 34-jähriger den Sprung in die Kantonsregierung, wo er das Justiz- und Gesundheitsdepartement versah. Später übernahm er das Departement des Innern, das damals auch das Volkswirtschaftsdepartement umfasste. Seine Bemühungen wurden durch namhafte Investoren, die im neuen Klima Freiburgs für sich und den Kanton eine Chance sahen, belohnt. Ergebnis dieser Oeffnung war ein bemerkenswerter wirtschaftlicher Aufschwung des Kantons. Bereits im Jahre 1947 wurde Staatsrat Torche auch in den Nationalrat gewählt. Er nahm auch auf Bundesebene dank seines Sachverständes und seiner Konzilianz bald eine geachtete Position ein. Nach 15-jähriger Zugehörigkeit zum Ständerat wählte ihn die Kleine Kammer am 24. November 1969 ehrenvoll zum Präsidenten. 1962, anlässlich der Wahl des Nachfolgers von Bundesrat Bourgnicht, erhielt Herr Torche 85 Stimmen, obwohl er gar nicht kandidierte. Auch dies zeigt das ihm gewährte grosse Vertrauen.

Herr Bixio Bossi wurde 1896 in Lugano geboren. Er machte eine brillante Karriere als Anwalt und wurde von seinen Mitbürgern zuerst in die Legislative und nachher auch in die Exekutive seiner Vaterstadt Lugano und in den Grossen Rat des Kantons Tessin gewählt, den er 1928 präsidierte. Während elf Jahren gehörte er dem Nationalrat an, danach war er siebzehn Jahre Ständerat. Er ist in Erinnerung geblieben als grosser Redner und Spezialist für Finanz- und Wirtschaftsfragen. Bixio Bossi war die letzte grosse Figur der alten Garde der Tessiner Radikalen. Er war zutiefst Demokrat und Gegner aller totalitären Regimes. 1951 wurde er zum Präsidenten des Ständerates gewählt.

Der Ständerat spricht den Angehörigen der Verstorbenen sein aufrichtiges Beileid aus. Ich ersuche die Ratsmitglieder und die Besucher auf den Tribünen, sich zum Gedenken an die Verstorbenen von den Sitzen zu erheben.

*Der Rat erhebt sich zu Ehren der Verstorbenen von den Sitzen
L'assistance se lève pour honorer la mémoire des défunts*

Mitteilung des Kantons Zug Communication du canton de Zoug

*Die Ratssekretärin verliest die folgende Mitteilung:
Mme la secrétaire donne lecture de la communication suivante:*

Der Regierungsrat des Kantons Zug teilt mit, dass die beiden Herren Ständeräte Markus Kündig und Andreas Iten für eine weitere Amtsdauer, 1991 bis 1994, als Mitglieder des Ständerates bestätigt wurden.

Präsident: Ich benutze die Gelegenheit dieser Mitteilung, den beiden Zuger Ständeräten zu ihrer Wiederwahl herzlich zu gratulieren, und tue dies auch im Namen des Rates. (*Beifall*)

Erklärung des Bundesrates über den Golfkrieg Déclaration du Conseil fédéral sur la guerre du Golfe

Siehe Sitzung der Vereinigten Bundesversammlung
vom 21. Januar 1991
Voir séance de l'Assemblée fédérale (Chambres réunies)
du 21 janvier 1991

Diskussion – Discussion

Präsident: Es drängt mich, unsere Sitzung ausnahmsweise mit einem Dichterwort zu eröffnen. Goethe lässt in seinem «Faust» einen Bürger sagen:

«Nichts Bessers weiss ich mir an Sonn- und Feiertagen
Als ein Gespräch von Krieg und Kriegsgeschrei,
Wenn hinten, weit, in der Türkei,
Die Völker auf einander schlagen.
Man steht am Fenster, trinkt sein Gläschen aus
Und sieht den Fluss hinab die bunten Schiffe gleiten;
Dann kehrt man abends froh nach Haus,
Und segnet Fried' und Friedenszeiten.»



Sogar noch «weiter hinten» schlagen die Völker heute aufeinander los. Und doch kehren wir abends alles andere als froh nach Hause, sondern bangen um «Fried' und Friedenszeiten». Wir sehen uns beispiellosen Herausforderungen aggressiver Macht gegenüber. Wir sind Zeugen erschütternder Ohnmacht von Supermächten und Sicherheitsgremien, von Rechtsverletzungen, die sich in die völkerrechtlichen Spielregeln nirgends mehr einordnen lassen, und wir realisieren plötzlich wieder, dass Brandherde global aufflammen können, in ganz Asien, Afrika, dass aber sehr wohl der Funke auch auf den westeuropäischen Raum – so auch auf die Schweiz – überspringen und einen Brand entfachen könnte, aus dem wir uns nicht mehr herauszuhalten vermöchten. Und was «hinten, weit, in der Türkei» passiert, könnte plötzlich uns alle angehen und berühren.

Die dramatischen Ereignisse am Golf und in den baltischen Republiken haben die beiden Ratspräsidenten und die Koordinationskonferenz dazu bewegt, Sie zu dieser Sondersitzung einzuladen. Dass diese Massnahme den Mitgliedern des Ständerates eine besondere Flexibilität abverlangt hat, war uns durchaus bewusst. Ich danke Ihnen dafür, dass Sie kurzfristig umdisponiert haben. Aber die politische Bedeutung der internationalen Ereignisse auch für die Schweiz liess uns eine Eröffnung dieser Sondersitzung mit einer entsprechenden Diskussion im Parlament als unerlässlich erscheinen.

Zur Organisation der vorgesehenen Debatte: Die Kommission für auswärtige Angelegenheiten unseres Rates hat heute morgen getagt und beschlossen, die Diskussion über die Erklärung des Bundesrates, die wir aus dem Mund von Herrn Bundespräsident Cotti soeben entgegennehmen durften, zu beantragen.

Herr Bundespräsident Cotti, dem ich hier für die Bereitschaft des Bundesrates danke, das Parlament heute und in den kommenden Tagen ausführlich zu informieren, wird Fragen, die einer weiteren Abklärung bedürfen und nicht aus dem Stegreif beantwortet werden können, am kommenden Mittwoch beantworten.

Gemäss Artikel 37bis des Geschäftsverkehrsgesetzes entscheidet jeder Rat getrennt, ob er über die Erklärung des Bundesrates eine Diskussion durchführen will. Der Präsident der Kommission für auswärtige Angelegenheiten hat mir mitgeteilt, dass er Diskussion beantrage. Nach Auffassung des Büros würde Zustimmung zur Diskussion bedeuten – ich bitte, das zu beachten –, dass wir heute die Stellungnahme der Kommission für auswärtige Angelegenheiten entgegennehmen und die allgemeine Diskussion über die internationale Lage – einschliesslich diejenige in den baltischen Staaten – am Mittwoch nachmittag, zu Beginn der vorgesehenen Sitzung und wiederum in Anwesenheit von Herrn Bundespräsident Cotti, durchführen würden.

On. **Masoni**, relatore: La vostra commissione ha ubbidito alla decisione della Conferenza di coordinamento e si è riunita questa mattina d'urgenza in numero forzatamente assai ridotto per esaminare la situazione senza ancora conoscere la dichiarazione odierna del presidente del Consiglio federale.

La presa di posizione della commissione che ho il piacere di comunicarvi coincide con questa dichiarazione alla quale la commissione si associa «toto corde».

1. Die Kommission für auswärtige Angelegenheiten bedauert, dass die unnachgiebige Haltung des Irak, der die zahlreichen bilateralen und multilateralen Vermittlungsbemühungen, auch solche unseres Landes, kategorisch abgelehnt hat, zum Kriegsausbruch führen musste. Von diesem Krieg, den wir sehr bedauern, ist mindestens zu erhoffen, dass er zur Erfüllung der Uno-Resolutionen führt und auch darauf gerichtet bleibt; ferner, dass er zukünftige Aggressoren entmutigt und den Respekt für andere, auch für kleinere Länder, stärkt und dass jede gefährliche Eskalation ausbleibt.

Mit dem Bundesrat unterstreicht die Kommission die nüchterne, ausgeglichene, verantwortungsvolle Haltung der israelischen Regierung, welche bis jetzt dazu beigetragen hat, den irakischen Anstrengungen auf Ausdehnung des Krieges keine Folge zu geben. Traditionsgemäss und mit voller Ueberzeugung hat die Schweiz ihre Solidarität mit der Völkergemeinschaft in diesem Konflikt wie folgt bekundet:

Sie hat die in Verletzung des internationalen Rechts und der Menschenrechte erfolgte Invasion, Besetzung und Annexion Kuwaits verurteilt. Sie hat sich den von den Vereinten Nationen im Anschluss an die Besetzung von Kuwait gegen den Irak verhängten Sanktionen – mit Ausnahme der militärischen – mit gleichen, autonom beschlossenen Massnahmen unter einhelliger Unterstützung durch Parlament und Öffentlichkeit angeschlossen. Sie hat sich bereit erklärt, den Frontstaaten, die am meisten unter dem von den Vereinten Nationen verhängten Embargo leiden, 100 Millionen Dollar anzubieten. Sie unterstützt die von verschiedenen internationalen Organisationen geplanten humanitären Aktionen in der Golfregion: Aufnahme von Flüchtlingen und Vertriebenen. Sie hat ihre Bereitschaft bekundet, den Uno-Organisationen Experten des Schweizerischen Katastrophenhilfekorps zur Verfügung zu stellen. Die Schweiz hat ihre Bereitschaft zur Leistung Guter Dienste nach beiden Seiten wiederholt bezeugt, am konkretesten im Zusammenhang mit dem Treffen der Aussenminister des Irak und der USA in Genf am 9. Januar 1991. Die Schweiz ist bereit, ihre Guten Dienste auch während des Krieges zur Verfügung zu stellen, damit die Anwendung militärischer Gewalt auf das Minimum beschränkt werden kann. Sie wird keine Mühe scheuen, den Opfern eines Krieges auf beiden Seiten zu helfen, insbesondere durch die Unterstützung der Tätigkeit des IKRK.

Das Parlament unterstützte letztes Jahr einhellig den Sanktionsbeschluss des Bundesrates.

Die Kommission ist sich bewusst, dass dieser Krieg, der sich auf Entscheide der Völkergemeinschaft stützt, die Heilung des durch die Kuwait-Invasion begangenen Rechtsfriedensbruches bezweckt. Mit anderen Worten: Er hat eine internationalrechtlich anerkannte *iusta causa*. Das rechtfertigt aber nicht, den Kern der Neutralität aufzuweichen. Sie unterstützt daher den kürzlich vom Bundesrat bestätigten Entscheid vom letzten August, wonach ein Ueberfliegen schweizerischen Territoriums durch Militärflugzeuge verboten ist, was grundsätzlich auch für Sanitätseinsätze gilt. Der Bundesrat hat die strikte Anwendung des Rechts in Zusammenhang mit dem Verbot von Kriegsmateriallieferungen auch an kriegsbeteiligte Länder ausserhalb der Konfliktzone angekündigt. Die Kommission schliesst sich dem an.

Die Kommission begrüsst und unterstützt die Bereitschaft des Bundesrates, im Rahmen der gegenwärtig bestehenden Möglichkeiten einen Beitrag der Schweiz an einen allfälligen friedenserhaltenden Einsatz zu leisten, beispielsweise durch die Zurverfügungstellung von unbewaffnetem Sanitätspersonal. Die Kommission vertritt ausserdem die Meinung, dass die Erarbeitung der rechtlichen und organisatorischen Grundlagen für die Schaffung eines schweizerischen Blauhelmkontingents schnell in Angriff genommen und zügig vorangetrieben werden soll, damit mittelfristig auch die Teilnahme an eigentlichen Blauhelmaktionen möglich wird.

Die Kommission ist der Meinung, dass die Bemühungen für eine politische Lösung des Konfliktes auch während des Krieges weitergeführt werden sollen. Auch diesbezüglich bleibt unsere Offerte von Guten Diensten weiterbestehen. Unser Wunsch nach einem baldigen Ende des Golfkrieges kann uns nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Krieg schwerwiegende Folgen, Tote, Elend, Armut, Wirtschaftsmisere und Hass, haben wird, die die ganze Welt nicht unberührt lassen dürfen. Ihrer humanitären Tradition verpflichtet, muss sich die Schweiz auf die wirksame Vorbeugung und Linderung dieser Übel vorbereiten. Damit auch gewisse Ursachen wirksam bekämpft werden, wäre die Anregung zu prüfen, für den Nahen und Mittleren Osten eine der KSZE ähnliche Struktur aufzubauen. Auch in dieser Hinsicht wird unsere Kommission den Bundesrat voll unterstützen.

2. Im Schatten der Golfkrise riskieren die Ereignisse in den baltischen Ländern, wie einst die Unterdrückung der ungarischen freiheitlichen Revolution von 1956 im Schatten der Suezkampagne, in Vergessenheit zu geraten. Dem wollen die Kommission und das Schweizervolk mit entschlossener Verurteilung und mit fortwährender grosser Aufmerksamkeit entgegenwirken. Wir sind über die brutale Intervention der sowjetischen Armee in Vilnius, Litauens Hauptstadt, und in Riga,

Lettlands Hauptstadt, so entsetzt und bestürzt, dass wir fast unfähig sind, richtig zu reagieren. Ist die Perestroika am Ende? Hat die Reaktion der konservativen Kräfte bereits die Oberhand? Jedenfalls zeigen die Ereignisse der letzten Wochen ein chaotisches Bild im Kampfe um die Macht in der Sowjetunion.

Solche Zustände stellen leider auch die Glaubwürdigkeit des vom sowjetischen Präsidenten Gorbatschow immer wieder beteuerten Reformwillens ernsthaft in Frage. Mit ihrer brutalen militärischen und polizeilichen Intervention in den baltischen Republiken hat die Sowjetunion die erst kürzlich auch von ihr in Paris mitunterzeichnete KSZE-Charta für ein neues Europa verletzt.

Die Kommission für auswärtige Angelegenheiten schlägt vor, einen von den schweizerischen Parlamentariern ausgehenden Appell an die Parlamente der UdSSR und deren Republiken zu richten. Darin bitten wir die russischen Parlamentarier, sich mit allen Kräften für die friedliche Lösung des Konfliktes mit den baltischen Staaten, die zwischen 1918 und 1940 unabhängig waren, einzusetzen, damit deren Rechte nach Wahrnehmung ihres Selbstbestimmungsrechtes, nach Demokratie und Unabhängigkeit gewahrt werden.

Die Kommission fordert den Bundesrat auf, nach Wegen zu suchen, wie den baltischen Ländern wirtschaftlich geholfen werden kann und wie wir für sie unsere Erfahrungen mit dem föderalistischen Staatsaufbau nutzbar machen könnten. Es ist nach einer Strategie zu suchen, wie man jenen Republiken in der UdSSR weiterhin hilft, ohne die Hilfe denjenigen zukommen zu lassen, welche die Unterdrückung der Menschenrechte und der Selbstbestimmungsrechte der Völker unterstützen.

Notre petit pays a suivi avec beaucoup d'espoir l'URSS dans sa recherche de «glasnost» et de «perestroïka» tout en comprenant, grâce à notre expérience séculaire des coexistences rapprochées entre minorités différentes, l'endurance et les efforts qu'elles exigent et la difficulté d'éviter toute provocation et toute violence de la majorité susceptible d'engendrer dans les minorités des blessures inoubliables.

La construction de la maison commune européenne ne peut ni oublier ni négliger la situation des pays baltes annexés contre leur volonté d'après les protocoles secrets du Pacte Ribbentrop-Molotov du 23 août 1939 dont l'URSS a récemment admis l'illégitimité. La CSCE qui joue, dans le développement de cette nouvelle Europe, un rôle essentiel, a reconnu dans l'Acte final d'Helsinki le droit des peuples à l'autodétermination, déjà admis pour les républiques de l'URSS comme droit de sécession par les constitutions soviétiques de 1936, de 1977 et les amendements successifs. Même si la nouvelle loi qui restreint ce droit était compatible – ce qui reste à voir – avec les actes de la CSCE et avec la constitution, il est inconcevable et incompatible avec l'esprit de la nouvelle Europe qu'au seuil du troisième millénaire le droit des pays baltes soit écrasé par la force. Seuls la négociation et le dialogue peuvent établir les conséquences de l'indépendance, les modalités d'exécution, les obligations réciproques, les garanties pour les minorités des deux côtés, etc. Dans la maison commune de l'Europe, les soi-disant comités de salut public appelant à l'intervention militaire n'ont plus rien à voir. Avec l'Europe, nous condamnons avec fermeté l'intervention brutale de l'armée, écrasant des citoyens sans armes et violant les droits de l'homme, la liberté du parlement, le droit à l'autodétermination et, par là même, la Charte de la CSCE pour une nouvelle Europe que l'URSS vient de signer à Paris.

Les appels et les protestations, les mots durs des premiers jours sont certainement destinés à l'oubli. C'est pourquoi notre commission a préféré préparer la rédaction d'une lettre soumise à la signature des présidents des deux Conseils et des deux commissions et de tous les parlementaires qui en partagent le contenu, lettre adressée au parlement de l'Union soviétique et aux parlements des républiques. La Commission des affaires étrangères de l'autre conseil et les deux présidents se sont ralliés à cette idée. Le texte va être établi par les deux commissions de façon que mercredi déjà on puisse signer cette lettre. Nous vous prions de bien vouloir venir la signer auprès du président au cours de ces prochains jours.

Nous remercions le Conseil fédéral de tout ce qu'il a déjà fait et de tout ce qu'il entreprendra encore pour donner expression à la ferme condamnation par le peuple suisse des événements dans les pays baltes.

Miville: Ich spreche zur Tagesordnung: Das Büro schlägt uns vor, dieses wichtige Geschäft am Mittwoch zu diskutieren. Das ist in Ordnung. Aber das Büro ist scheinbar nicht gesonnen, in zeitlicher Hinsicht die Konsequenzen seines Beschlusses in Betracht zu ziehen. Wir haben am Mittwoch eine gut dotierte Traktandenliste. Ich bin nicht der Meinung, dass hier am Ende wieder Geschäfte weggestrichen und immer weiter hinausgeschoben werden sollen. Ich bin der Meinung: Was wir heute von unserem Bundespräsidenten oder von unserem Präsidenten der Kommission für auswärtige Angelegenheiten gehört haben – und das ganze Thema überhaupt –, ist zu wichtig, als dass es wieder in eine Traktandenliste hineingezwängt werden darf und dass die Aussprache wieder unter Zeitdruck stattfindet.

Ich beantrage Ihnen, die Sitzung am Mittwoch unter den gegebenen Verhältnissen um 16.00 Uhr statt um 17.00 Uhr zu beginnen.

Präsident: Ich teile auf weite Strecken die Bedenken von Herrn Miville. Wenn wir 17.00 Uhr beibehalten, so deshalb, weil auch ein Interesse seitens der Ratsmitglieder besteht, ihre Pensen einigermaßen rechtzeitig festlegen zu können.

Abstimmung – Vote

Für den Ordnungsantrag Miville
Dagegen

21 Stimmen
8 Stimmen

*Hier wird die Beratung dieses Geschäftes unterbrochen
Le débat sur cet objet est interrompu*

*Schluss der Sitzung um 15.55 Uhr
La séance est levée à 15 h 55*

Zweite Sitzung – Deuxième séance

Mittwoch, 23. Januar 1991, Nachmittag
Mercredi 23 janvier 1991, après-midi

16.00 h

Vorsitz – Présidence: Herr Affolter

Erklärung des Bundesrates über den Golfkrieg Déclaration du Conseil fédéral sur la guerre du Golfe

Fortsetzung – Suite

Siehe Seite 1 hiervoor – Voir page 1 ci-devant

Diskussion (Fortsetzung) – Discussion (suite)

Rüesch: Vorerst möchte ich mich hinter die Erklärung des Bundesrates stellen, wie sie der Herr Bundespräsident am letzten Montag vor der Vereinigten Bundesversammlung vorgetragen hat, ebenso hinter die Erklärung des Präsidenten der Kommission für auswärtige Angelegenheiten, Herrn Masoni, vom letzten Montag.

Zu diesen Erklärungen möchte ich folgende Ergänzungen anbringen: Am 10. Oktober 1990 hat der Bundesrat seinen Bericht «Schweizerische Sicherheitspolitik im Wandel» veröffentlicht. Die Entwicklung am Golf gibt uns bereits eine Fallstudie, leider aus der Wirklichkeit, an der wir die Notwendigkeit und die Tauglichkeit unserer Mittel und Methoden der Sicherheitspolitik überprüfen können. Die Welt ist, seit der Bericht erschien, viel unsicherer geworden. Die bisherige Entwicklung im Orient und in der Sowjetunion gibt Anlass zu folgenden Schlussfolgerungen:

1. Die Weltlage kann sich in kürzester Zeit überraschend ändern. Wer hätte je einen Falklandkrieg voraussagen können? Wer hätte vor zehn Jahren an einen derartig raschen Zusammenbruch des Systems in Mittel- und Osteuropa gedacht, wie wir ihn erlebt haben?

Diejenigen, die nach dem Umbruch in Osteuropa meinten, nun sei der ewige Frieden ausgebrochen und damit könnte die Schweiz auf Armee und Zivilschutz verzichten, müssen nun den Golfkrieg mitansehen. Ferner müssen sie die Vorgänge im Baltikum zur Kenntnis nehmen, aber auch die Tatsache, dass die sowjetische Führung 20 000 Panzer hinter den Ural verschoben hat, um damit das Abrüstungsabkommen zu umgehen. Die Sowjetunion hat mit dem Argument der Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten ein Sondertreffen der KSZE zur Lage in Litauen abgelehnt. Damit ist die KSZE-Charta von Paris in ihrer Anwendung bereits zum ersten Mal gescheitert.

Als Konsequenz ist festzuhalten, dass man Sicherheitspolitik nicht auf das schöne Wetter von ein paar Tagen ausrichten kann. Sie muss langfristig und in neuen, nicht vorhersehbaren Lagen brauchbar sein. Ob Verträge eingehalten werden, weiss man nie zum voraus.

Der sicherheitspolitische Bericht des Bundesrates trägt diesen Erkenntnissen Rechnung.

2. Hätten die USA an jenem Tag, als wir über die Abschaffung der Armee abgestimmt haben, ihre Armee abgeschafft, würde Saddam Hussein heute ganz Arabien in seinem Besitz haben und Herr des Mittleren Ostens sein. Hätte Kuwait eine Armee gehabt, welche in der Lage gewesen wäre, sich einige Zeit zu halten, wäre ein Ueberfall durch Irak unwahrscheinlich gewesen, weil in dieser Zeit die Hilfe der USA eingesetzt hätte.

Der Begriff der Dissuasion sollte deshalb nicht vernachlässigt werden. Nach wie vor können Kriege durch Wehrbereitschaft verhindert werden.

3. Die Bedrohung Israels zeigt die Bedeutung des Zivilschutzes. Im Gegensatz zur Schweiz hat Israel wenig Schutzräume, die belüftet sind. Dies zwingt die Bevölkerung, sich wegen der Giftgasgefahr in oberen Stockwerken aufzuhalten. Dort sind die Menschen aber nicht vor Sprengbomben geschützt. Den Kritikern unseres Zivilschutzes, den Kritikern seiner Notwendigkeit, sei in Erinnerung gerufen, dass die Schweiz ihre Bevölkerung in viel höherem Masse schützen kann, als dies in Israel möglich ist.

Dieser Schutz kann auch notwendig werden, wenn Giftgas in Terroreinsätzen angewendet wird. Der internationale Terrorismus – von wem er auch angewendet werden sollte – braucht zum Transport seiner Giftgasbomben keine Scud-Raketen.

In den bisherigen Stellungnahmen des Bundesrates haben wir Hinweise auf Konsequenzen in Sachen Armee oder Zivilschutz als zentrale Elemente unserer Sicherheitspolitik bisher vermisst.

4. Der Bundesrat konnte dem Schweizervolk in Sachen Versorgungslage beste Nachrichten geben und es beruhigen. Die Schweiz hat genügend Vorräte. Dies sei jenen in Erinnerung gerufen, die z. B. im Rahmen der Diskussion um unsere Landwirtschaftspolitik der Landesversorgung in unserer Zeit des Friedens keine grosse Bedeutung mehr zumessen.

5. Die Gefahr eines grossflächigen Terrorkrieges ist keineswegs gebannt. Hussein hat in einer Radiorede erklärt, der Krieg müsse auf der ganzen Welt, in allen Ländern geführt werden. Terroranschläge sollten aber nicht nur bestraft, sie sollten verhindert werden können. Die Konsequenz besteht darin, dass wir nach wie vor einen präventiven Staatsschutz brauchen. Die Armee muss allenfalls Bewachungsaufträge grossflächig übernehmen können.

6. Der Krieg am Golf muss zu einer Neubeurteilung unserer langfristigen Neutralitätspolitik führen. Der Krieg am Golf ist kein Konflikt zwischen Grossmächten. Er ist eine Polizeiaktion der Völkergemeinschaft gegen einen Rechtsbrecher und damit etwas Neuartiges. Wir dürfen keine Hemmungen haben, für dieses Neuartige unsere Neutralität neu zu definieren. Unsere Neutralität war übrigens in diesem Jahrhundert selten integral. Sowohl im Ersten wie im Zweiten Weltkrieg, aber auch in einer ersten Phase des Völkerbundes gab es markante Einbrüche in der wirtschaftlichen Neutralität. Wir gingen vom sogenannten Courant normal ab, teils weil wir durch die Lage – etwa im Zweiten Weltkrieg – dazu gezwungen wurden.

Im Falle des Golfkrieges war es zweifellos richtig, die Solidarität mit der Völkergemeinschaft und mit einem überfallenen Kleinstaat vor die integrale Neutralität zu stellen. Nachdem der Begriff der Neutralität auch im Rahmen der europäischen Integration zur Diskussion steht, ergibt sich daraus als Konsequenz die Notwendigkeit zur Ueberprüfung unserer Neutralitätspolitik, auch im Sinne eines Systems vorbehaltener Entschlüsse.

Trotzdem dürfen bisherige Grundsätze der Neutralität nicht leichtfertig über Bord geworfen werden. Wenn die Schweiz ihre Politik der Guten Dienste auch nach diesem Kriege und ihre humanitäre Aufgabe erfüllen will, wenn sie eine Politik der Friedensförderung betreiben will, ist die Stellung des Neutralen die beste Ausgangslage.

Abschliessend sei noch folgendes festgehalten: Weltweit wird heute gegen den Golfkrieg und gegen das Engagement der USA demonstriert. Vorerst ist zu bemerken, dass dieser Krieg nicht mit dem Angriff der alliierten Streitkräfte begann, sondern am 2. August 1990 mit dem Ueberfall von Hussein auf Kuwait. Wo blieben damals die Demonstranten? Bush erklärte, er wolle kein Chamberlain sein. Ohne diese Polizeiaktion der Uno hätte Hussein mit seinen Bemühungen um die Produktion eigener Atomwaffen die Welt wohl bald erpressen können. Hätte man vor 60 Jahren den Mut gehabt, Hitler das Handwerk schon bei der Besetzung des Rheinlands zu legen, hätte man die 50 Millionen Toten des Zweiten Weltkrieges vermeiden können.

Glücklicherweise hat sich jetzt ein Fehler der Geschichte nicht wiederholt. Wir danken jenen Menschen, welche in diesem

Kriege ihr Leben einsetzen, um einen überfallenen Kleinstaat zu befreien, und wir verneigen uns vor den Opfern dieses Krieges. Die Schweiz muss im Sinne des sicherheitspolitischen Berichts vom 10. Oktober 1990 mit dem Mittel der Aussenpolitik – als Mittel der Sicherheitspolitik – alles unternehmen, was in ihren Kräften liegt, um im heutigen Krisengebiet eine dauerhafte Friedensordnung zu schaffen. Sie muss als Konsequenz aus dem neusten Weltgeschehen aber auch dafür sorgen, dass neben der Aussenpolitik die übrigen Mittel der Sicherheitspolitik, also Armee, Zivilschutz, Staatsschutz und Landesversorgung, nicht vernachlässigt werden.

Dobler: Herr Bundespräsident Cotti hat in der Erklärung des Bundesrates vor der Vereinigten Bundesversammlung unmissverständlich zum Ausdruck gebracht, dass der Irak für den Krieg am Golf verantwortlich sei. In diesem eskalierten Konflikt findet der Bundesrat die Teilnahme der Schweiz an der weltweiten Boykottbewegung gegen den Irak gerechtfertigt. Gleichzeitig hält er diese Verhaltensweise aber auch mit dem Neutralitätsrecht und der traditionell praktizierten Neutralitätspolitik für vereinbar. Angelpunkt ist und bleibt die strikte militärische Neutralität. Damit wird wiederholt und zu Recht bekräftigt, was offiziell bereits Anfang August nach der Eroberung und Annexion Kuwaits durch den Irak schweizerischerseits formuliert wurde. Von praktischer Bedeutung im Golfkonflikt ist dieses Bekenntnis des Bundesrats im Hinblick auf die Ueberfliegung des schweizerischen Territoriums durch Militärflugzeuge der an der Uno-Aktion gegen Irak beteiligten Staaten. Während Ueberfliegungen aus rein humanitären Gründen – so zum Beispiel für den Transport von Verwundeten oder Flüchtlingen – vielleicht fallweise gestattet werden könnten, ist jede Spekulation über Transporte von Mannschaften und Kriegsmaterial durch den Schweizer Luftraum müssig. Mit dieser aussenpolitischen These wird festgehalten, was die Schweiz nicht tut oder nicht tun darf: nämlich sich militärisch engagieren. Das allein kann indessen nicht genügen. Es braucht positive Impulse, die ein neutraler, aber starker Kleinstaat, der wir sind, weltöffentlich geben kann.

Ich erinnere mich an eine Begebenheit, die sich anlässlich eines Besuchs einer offiziellen schweizerischen Parlamentarierdelegation in der Sowjetunion im Jahre 1986 ereignete. Der ehemalige Aussenminister und damalige Staatspräsident der UdSSR, Andrej Gromyko – ein nicht schlechter Kenner der Schweiz –, machte uns darauf aufmerksam, dass die Schweiz mit ihrer Neutralität mehr tun könne, als sie bislang getan hätte. Die Annahme liegt somit nahe, dass von der Weltöffentlichkeit – und auch vom Ostblock – von der Schweiz mehr erwartet wird. In diesem Sinn verfügt die Schweiz über eine einmalige Basis, um im Interesse des Friedens das Angebot der Guten Dienste erweitern zu können.

Die Bereitschaft, die Schweiz als zukünftigen Standort einer umfassenden Nahost-Friedenskonferenz vorzuschlagen, ist ein erster Schritt in diese Richtung. Die diplomatischen Aktivitäten dürften noch verstärkt werden. Die Schweiz soll sich wohl nicht überschätzen, aber im Sinn einer aktiveren diplomatischen Tätigkeit kann sie einiges zum Friedensprozess beitragen. Wie seinerzeit bei der KSZE ist auch die Möglichkeit einer Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit für den Nahen Osten intensiv zu studieren. Die Schweiz sollte und könnte auch für dieses Gebiet eine aktivere Rolle spielen. Selbst wenn es zu einem Abbruch der kriegerischen Handlungen kommen sollte, was erwünscht ist, ist ein Friede in dieser Region weder nahe noch gesichert. Es braucht hier ausserordentlich viel politisches und diplomatisches Geschick, eine weitere Kriegsdrohung zu verhindern.

Für heute ist es allerdings angebracht, dass die Schweiz eine klare Haltung darlegt und eine deutliche Sprache gegenüber dem Irak spricht. In der Gesinnung kennen wir keine Neutralität. Wir huldigen auch keinem Neutralismus. Wir stehen auf dem Boden des Völkerrechts. Verletzungen der Menschenrechte müssen von uns verurteilt werden. In dieses Kapitel gehört auch das Vorgehen Moskaus im Baltikum; die vom Bundesrat geäusserte Kritik zeugt vom Mut, auch gegenüber einer Grossmacht die Wahrheit zu sagen.

Der Nahostkonflikt zeigt, dass es der Diplomatie nicht gelun-

gen ist, ihn zu verhindern. Wenn nun aber die Waffen sprechen, heisst das noch nicht, dass nicht erneut und immer wieder nach Mitteln und Wegen gesucht werden muss, um eine friedliche Lösung zu finden. Unser Land ist nicht davon dispensiert, seinen Beitrag für neue Friedensordnungen in Europa und im Nahen Osten zu leisten.

M. Delalay: L'un des premiers enseignements de la guerre du Golfe est sans aucun doute fourni par la sophistication des armes engagées dans le conflit et le fait qu'elles ont permis, jusqu'ici tout au moins, de limiter les pertes civiles. L'importance de l'aviation dans la guerre moderne est aussi mise en évidence de façon toute particulière. Ce sont des observations qui s'imposent à notre esprit au-delà de toute appréciation politique ou stratégique de la situation.

Dès lors, je pose tout naturellement au Conseil fédéral une question en rapport avec notre propre défense. Nous envisageons l'acquisition d'avions de combat pour remplacer ceux que nous possédons aujourd'hui et qui sont techniquement dépassés. Où en est-on dans l'évaluation des appareils que nous voulons acquérir et quelles conclusions tirons-nous des premiers enseignements de la guerre du Golfe dans le domaine de l'acquisition des avions de combat suisses? Le Conseil fédéral envisage-t-il d'accélérer les procédures d'évaluation? Pense-t-il que le conflit du Golfe ne change rien au programme d'acquisition des avions qui doivent mieux assurer notre sécurité aérienne?

Je souhaite poser encore une autre question au Conseil fédéral relative au survol de notre territoire par des avions étrangers. Nous avons pu déceler quelques contradictions ou tout au moins quelques hésitations dans l'application de notre politique de neutralité en rapport avec notre espace aérien. Dans un premier temps, le survol de notre territoire n'a pas été exclu. Il nous est apparu par la suite que le Conseil fédéral avait pris une position beaucoup plus stricte, portant sur une interdiction totale d'utilisation de notre espace aérien. Enfin, dans sa déclaration de lundi, M. Cotti, président de la Confédération, a nuancé le propos en excluant un survol de notre territoire lorsque l'objectif est militaire mais en laissant ouverte à l'appréciation la possibilité d'un survol pour des motifs humanitaires. Je souhaite que notre position soit clarifiée sur ce point car ce problème révèle les contradictions et les limites de notre politique de neutralité.

Après notre participation à l'embargo décrété par l'ensemble de la communauté internationale à l'encontre de l'Irak, notre position restrictive en ce qui concerne l'utilisation de l'espace aérien suisse n'est-elle pas en contradiction, et ce surtout en raison du caractère particulier de l'agression irakienne et des décisions du Conseil de sécurité?

Pour le surplus, j'ai relevé avec satisfaction l'offre de médiation et les efforts d'aide sur le plan humanitaire de la Suisse. Je souhaite que tout soit mis en oeuvre pour que nous jouions un rôle moteur dans le sens de la recherche de la paix et surtout pour que nous soyons très actifs au plan de l'aide humanitaire en faveur des victimes de la guerre. Une attitude ouverte et généreuse est de nature à faire mieux comprendre les raisons de notre neutralité et à la faire accepter par nos partenaires. Il m'intéresserait de connaître les initiatives que la Suisse entend prendre dans ce sens.

Gadient: Die Einberufung der Vereinigten Bundesversammlung war mit Blick auf die Geschehnisse im Baltikum und am Golf angezeigt.

Die Möglichkeiten eines Kleinstaates zur Befriedung oder Eindämmung solcher Konflikte sind gering und dürfen nicht überschätzt werden, aber deren Initiative und umfassende Ausschöpfung und Umsetzung gehören in einer solchen Situation zu unserer vorrangigen staatspolitischen Verantwortung. Die weitere Leistung Guter Dienste, das Angebot, bei Bedarf dem Uno-Generalsekretär einen Unterhändler zur Verfügung zu stellen, wirksame Hilfsmassnahmen im humanitären Bereich, wie dies alles vom Bundesrat angekündigt worden ist, sind zu begrüßen. Solche Massnahmen erbringen einen substantiellen Beitrag zur Linderung der Not und des Kriegselends und schaffen Vertrauen in unser Land.

Der Bundesrat soll wissen, dass das Parlament in dieser Situation hinter ihm steht und insbesondere auch bereit sein wird, unsere Hilfswerke mit Sonderkrediten der Aufgabe entsprechend zu unterstützen. Eine Nahostkonferenz können wir sicher fördern, vorweg durch Zurverfügungstellung der nötigen Infrastrukturen und mit begleitenden Guten Diensten, aber eine Einflussnahme auf die Traktanden oder gar auf den Verlauf der Verhandlungen ist kaum realisierbar.

Wir sollten unsere Anstrengungen neben den Guten Diensten und den humanitären Massnahmen in erster Linie auf möglichst konkrete Vorhaben ausrichten, die langfristig zur Stabilität und Friedenserhaltung beitragen, in einem Umfeld, wo es auf entsprechende Impulse ankommt und wo darauf abzielende diplomatische Initiativen einen Erfolg als mindestens möglich erscheinen lassen. Schon die Suche nach dem gangbaren Weg ist schwierig.

Nach Art und Dimension scheint mir folgender Ansatzpunkt prüfenswert. Bezüglich A- und C-Waffen sind weltweite Vereinbarungen getroffen worden. Atomsperrvertrag und C-Waffenverbot sind die Stichworte. Je länger, je mehr prägt jedoch der High-Tech-Bereich die Arsenale der Militärmächte. Erleichtert durch einen schrankenlosen Technologietransfer konnten vor allem auch Waffensysteme entwickelt werden, die verheerende, den Atomwaffen teilweise durchaus vergleichbare Wirkungen haben. Es wäre deshalb ein möglichst weltweit greifendes Abkommen anzustreben, das den einschlägigen Technologietransfer, der zur Schaffung solcher Waffensysteme bestimmt oder geeignet ist, verbietet und verhindert, dass solches Wissen und solche Produkte in die Auf- und Hochrüstung einfließen, so wie das in der Vorphase des Golfkrieges – mindestens für die Eingeweihten seit geraumer Zeit sichtbar – gewesen sein muss.

Ich bin mir durchaus bewusst, dass ein solcher Vorschlag alles andere als einfach umzusetzen ist. Eine mit grosser Umsicht und Zielstrebigkeit vorbereitete und von der Schweiz aus lancierte diplomatische Initiative würde jedoch auf grosses Verständnis und Interesse jener stossen, denen an wirksamer Beschränkung des Konfliktpotentials gelegen ist, und unserem Lande wohl anstehen. Meine Frage deshalb an den Bundesrat, ob er gewillt ist, eine solche Initiative zu prüfen.

Was sich des weiteren in der aktuellen Lage unseres Landes aufdrängt, ist – wie das bereits zum Ausdruck gebracht worden ist – eine fundierte Neutralitätspolitische Standortbestimmung. Bereits gegen Ende des Ersten Weltkrieges stellte Bundesrat Calonder der Neutralität als vom Verfassungsgeber unbestrittene oberste Maxime der schweizerischen Aussenpolitik das Prinzip der Solidarität gegenüber, bis die beiden an sich gegenläufigen Maximen nach dem Zweiten Weltkrieg auf die gleiche Ebene gestellt und in der Formel «Neutralität und Solidarität» in eine dauernde Verbindung gebracht wurden. In den fünfziger und sechziger Jahren wurden der Neutralität die Prinzipien der Universalität und der Disponibilität beigegeben, ohne dass dadurch jedoch die Dominanz der Neutralitätsmaxime geschmälert worden wäre.

In den beiden Haager Abkommen von 1907 sind die noch heute gültigen Grundlagen der Neutralität verankert. Es ist nun interessant festzustellen, dass die Schweiz nach dem Ersten Weltkrieg ihre Neutralität im Vertrauen auf den Völkerbund zu überdenken begann. Nach dem Zusammenbruch des Völkerbundes kehrte man indessen zur uneingeschränkten Neutralität zurück.

Eine Neutralitätspolitische Öffnung bahnte sich erst in neuerer Zeit mit der aktuellen Europaentwicklung und in Zusammenhang mit der Stützung von Uno-Massnahmen und dem noch bestehenden Wirtschaftsboykott an. Professor Daniel Dürer vertritt in einem «NZZ»-Artikel, der soeben publiziert worden ist, die Meinung, dass das System der kollektiven Sicherheit solidarische und effektive Beteiligung aller Staaten an Sanktionen gegen denjenigen Staat, der elementare Grundanliegen der Staatengemeinschaft verletze, fordert. Ein eigentlicher Konflikt zwischen dauernder Neutralität und kollektiver Sicherheit besteht seiner Auffassung nach nicht. Nun gibt es allerdings auch den gegenteiligen Standpunkt in dieser für uns vitalen Frage.

So oder anders muss das Spannungsfeld zwischen Neutralität

und Solidarität analysiert und ausgeleuchtet werden, wobei zu beachten ist, dass die dauernd neutralen Staaten in der Deutung und Handhabung ihrer Neutralität recht erhebliche Unterschiede aufweisen. Irland und Oesterreich zum Beispiel hatten im Gegensatz zur Schweiz gegen Ueberflüge ihrer Territorien durch am Golfkrieg beteiligte alliierte Flugzeuge nichts einzuwenden. Die schweizerische Zurückhaltung war im konkreten Falle nach meinem Dafürhalten sicher angezeigt, aber das ganze Spektrum unserer Neutralitätspolitik muss heute untersucht und in der Folge einer parlamentarischen Standortbestimmung zugeführt werden. Es wird sich alsdann weisen, ob und inwiefern insbesondere die Solidaritätskomponente noch erweitert werden kann. Erfolgreiche Neutralitätspolitik verlangt gerade in unserer Zeit sowohl Konstanz, Berechenbarkeit und Zurückhaltung als auch einen aktiven Einsatz, Innovationsbereitschaft und Fantasie.

Ich bitte um eine kurze bundesrätliche Stellungnahme, ob Bereitschaft besteht, die nachgesuchte Abklärung in die Wege zu leiten.

Cavelty: Ich war von ersten Meldungen über den Golfkrieg geradezu erleichtert. Mir schien sich eine Wiederholung des Sechstagekrieges anzubahnen, bei welchem mit viel technischem Können und wenig menschlichen Verlusten eine Entscheidung rasch herbeigeführt wurde. Eine Entscheidung hier, die klar zugunsten des Menschen- und Völkerrechts und zu Lasten eines Aggressors lautet und die glücklicherweise noch früh genug erfolgt, um den Aggressor daran zu hindern, noch grösser, noch mächtiger und mit der Zeit gar unüberwindlich zu werden. Eine Entscheidung zugunsten der Uno als überstaatliche Organisation im Dienste einer dauerhaften Friedenssicherung.

Ich stehe auch heute zu dieser Meinung – bis auf einen schmerzlichen Punkt: So rasch, wie von mir naiverweise erwartet, lässt sich der Sieg der gerechten Sache offensichtlich nicht erringen. Der saubere Materialkrieg, gleichsam nur Maschine gegen Maschine, wird immer mehr zum grausamen Menschenkampf mit vielen militärischen und zivilen Todesopfern. Und in dieser Situation beginnt eine Auseinandersetzung zwischen Herz und Verstand, zwischen Sieg um jeden Preis und Frieden um jeden Preis. Dabei ist in dieser absoluten Form bei den gegebenen Umständen wohl beides falsch. Frieden um jeden Preis würde ein Nachgeben zugunsten eines Aggressors bedeuten, der nur auf die nächste Gelegenheit wartet, erneut und stärker zuzuschlagen. Sieg um jeden Preis würde einen bedingungslosen Kampf ohne Rücksicht auf Menschenopfer bedeuten, was nicht beliebig lange durchgehalten werden kann, siehe die Geschichte in Vietnam.

In dieser für beide Parteien fast ausweglosen Situation ist eine Vermittlung eines aussenstehenden Staates oder einer entsprechenden Organisation dringend notwendig.

Hier nun hat die grosse Stunde der neutralen Schweiz, die als einziger Staat von allen Seiten in dieser Funktion akzeptiert würde, und die Stunde des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz geschlagen. Wir dürfen uns nicht von vornherein von der Kleinheit unseres Territoriums entmutigen lassen. Die Schweiz ist in dieser Beziehung, auch mit Blick auf ihre Geschichte, einer der wichtigsten Staaten der Welt; wichtiger als Indien, als Pakistan. Ich nenne diese zwei Staaten, weil heute in der Zeitung steht, dass sie entsprechende Initiativen ergriffen haben. Wenn sie das tun: um so mehr muss es die Schweiz tun. Wo es um solche Werte der Freiheit und um das Leben unzähliger Menschen geht, darf keine Minute verlorengehen, um ein Gespräch zwischen den Kampfparteien herbeizuführen. Ich möchte fast sagen: Jeden Tag sollte ein neuer Versuch gemacht werden, unter Aufbietung aller Fantasie und aller Energie und auch ohne Rücksicht auf finanzielle Mittel. Ich gehe da mit meinem Vorredner, Herrn Dobler, vollständig einig.

In diesem Sinne anerkenne ich alle getätigten Anstrengungen des Bundesrates, so wie er sie in seiner Erklärung aufgezählt hat. Ich möchte ihn ermuntern, ja sogar dringend auffordern, diese und andere Anstrengungen, auch zusammen mit dem Roten Kreuz, in vervielfachter Form, Häufigkeit und Intensität raschestens zu wiederholen. Ich lese in der beachtenswerten

Erklärung von Bundespräsident Cotti den Satz: «C'est ainsi que le Conseil fédéral se rallie à l'idée d'une conférence internationale sur l'ensemble des problèmes du Moyen-Orient et invite la communauté des Etats à tenir cette conférence, le moment venu, sur le territoire de la Suisse.»

Aus diesem Satz möchte ich die Wendung «le moment venu» streichen. Es geht nicht an, dass man auf den «moment venu» wartet. Der Moment, ja jeder Moment, muss in dieser alarmierenden Situation zum «moment venu» gemacht werden; nur sich zur Verfügung halten ist zu wenig. Die Schweiz muss sich in der Friedensmission richtig aufdrängen. In diesem Sinne hat die Stunde der Schweiz jetzt geschlagen.

M. Roth: La guerre et la violence sont toujours un échec et celles du Golfe persique, actuellement, s'accompagneront encore de beaucoup de souffrances, beaucoup de pertes de vies humaines, la plupart d'ailleurs dans les populations civiles.

Soulager ces misères, soulager les misères de la guerre, c'est un but louable que poursuit notre pays. L'idée de la mission humanitaire de la Suisse qui se rattache à l'action de la Croix-Rouge et aux interventions officielles en faveur des réfugiés, des prisonniers et des blessés ne nous dispense pas, cependant, de conduire une politique étrangère digne de ce nom. Tant mieux si la Suisse, soeur de charité de l'Europe, a droit à la reconnaissance des belligérants, mais de tels sentiments n'ont pas de poids durable dans la politique, et encore moins dans la politique de paix à long terme.

Vous savez sans doute, Monsieur le Conseiller fédéral, que bon nombre de nos concitoyens ne parviennent pas à dissiper la fâcheuse impression d'un certain flottement de la politique du Conseil fédéral dans cette guerre du Golfe, comme si cette guerre, qui était annoncée depuis longtemps, nous avait surpris au dernier moment. Une conception floue de la neutralité, dans le cadre de laquelle l'exécutif évite de trancher entre une action de police internationale contre l'Etat irakien et un conflit armé au sens classique du terme, nous conduit à des sanctions économiques contre l'agresseur du Koweït, mais aussi, paradoxalement, à interdire le survol de l'espace aérien par des avions militaires étrangers.

Politique en trompe-l'oeil, certes, dont on me dira sans doute qu'elle n'est qu'apparente. Personnellement, je veux bien, mais je crois que les variations habituelles sur «l'esprit de Genève» sont insuffisantes, même s'il faut saluer la proposition courageuse du Conseil fédéral d'organiser sur sol helvétique une conférence sur le Proche-Orient lorsqu'il s'agira de penser l'après-guerre, car après toute guerre, d'une manière ou d'une autre, il faut faire la paix.

Pour dire le vrai, je pense qu'on attend un peu plus de souffle dans les initiatives de paix que notre pays et notre diplomatie en particulier doivent prendre sans délai. Le peuple suisse, lui aussi, doit se reconnaître dans des objectifs clairement exprimés. Et quand bien même le rôle de la Suisse ne saurait être surestimé dans cette guerre qui risque d'être longue et imprévisible, on voudrait voir esquisser à tout le moins une stratégie solide visant à mettre en place une politique dynamique de bons offices.

Il n'existe, et je vous l'accorde, pas de recette standard. Mais ne peut-on pas imaginer, pour faire aboutir concrètement nos offres de disponibilité et de bons offices, que dès aujourd'hui le Département des affaires étrangères prépare, patiemment mais sûrement, loin de l'agitation, un nouveau terrain diplomatique, en renouant un à un des liens personnels avec les dirigeants arabes et israéliens, en installant de nouveaux canaux de communication avec les capitales arabes, en investissant nos meilleurs diplomates dans ce travail de fourmi? Le travail de notre diplomatie dans la guerre d'Algérie constitue, à mes yeux, un exemple à suivre. Ne conviendrait-il pas de convoquer nos experts du monde arabe autour de vous, Monsieur le Conseiller fédéral, chef de notre diplomatie, pour leur offrir un cadre de réflexion et d'action approprié à l'objectif de paix que nous souhaitons atteindre? Ne devrait-on pas, enfin, prendre langue avec d'autres Etats, neutres en particulier, pour conduire une action plus forte et mieux coordonnée en faveur de la paix?

Autant d'éléments constitutifs d'une politique active de neutra-

lité et qui, ajoutés les uns aux autres, éviteraient, le moment venu, qu'un appel au cessez-le-feu, suivi de propositions de paix, n'aille se perdre dans le fracas des armes ou dans un horizon complètement bouché. Il est possible que le Conseil fédéral ait déjà songé à tout cela et, si c'est le cas, c'est tant mieux. Mais peut-être faudrait-il le dire pour donner corps à nos offres de disponibilité et de bons offices dans ce tragique conflit.

M. Raymond: A réception, samedi dernier, de l'urgente convocation de l'Assemblée fédérale, je me suis déjà étonné du titre de l'ordre du jour: «Déclaration du Conseil fédéral sur la guerre du Golfe». J'aurais souhaité que dans le titre de cette déclaration figurent aussi les événements survenus en Lituanie les 12 et 13 janvier dernier, et plus tard en Lettonie, où l'armée soviétique a fait usage de la force pour réprimer les légitimes et pacifiques aspirations de ces deux peuples baltes. J'ai donc été heureux qu'en fin d'exposé M. Cotti, président de la Confédération, s'exprime aussi, très brièvement certes, sur les événements survenus dans les pays baltes.

Dans le cas du Golfe, comme dans celui des pays baltes, nous sommes confrontés au problème de petits Etats, tous occupés, réprimés, muselés par deux puissances disposant d'une armée forte, à savoir l'Irak et l'Union soviétique. Il importe dès lors, pour notre crédibilité et pour notre conscience, d'avoir la même attitude face aux deux puissances occupantes. Si l'on soutient le blocus économique de l'ONU contre l'Irak, va-t-on faire exactement le contraire pour l'URSS en poursuivant l'aide que nous entendons lui apporter? A mes yeux, c'est le principe même de cette aide qui doit être remis en cause au cas où les chars et la force prendraient le dessus sur une solution pacifique et négociée de la crise dans les pays baltes.

En ce qui concerne le Golfe, je constate qu'en participant au blocus économique de l'Irak décidé à l'ONU, la Suisse, c'est-à-dire le Conseil fédéral, a pris ses distances avec la neutralité. Hélas, la suite quasi logique de la politique de l'ONU c'est la guerre entreprise par les alliés pour libérer le Koweït. Or, au moment où la guerre éclate, nous réaffirmons notre neutralité. En d'autres termes, nous nous lavons les mains après avoir contribué à l'embargo, le sale travail étant laissé aux autres.

Cette attitude, cette suite d'attitudes, tout à fait compréhensible vue de l'intérieur, n'est certainement pas très glorieuse aux yeux de l'étranger et notamment de l'étranger qui nous est le plus proche. On peut se demander si elle justifiait la convocation urgente de l'Assemblée fédérale d'avant-hier.

En effet, même si l'évolution de la situation a conduit le Conseil fédéral à ce double jeu, il n'en demeure pas moins que si l'ONU devait devenir une organisation différente de celle de la guerre froide, c'est-à-dire une organisation qui veut et peut faire respecter le droit légitime des Etats et des peuples à la démocratie, à l'indépendance et à l'autodétermination dans la liberté, si c'était cela l'ONU d'aujourd'hui et de demain, il conviendrait alors, mais alors seulement, de revoir la question de notre non-appartenance. Pour l'heure, l'ONU n'a rien montré dans le cas de la Lituanie et dans celui de la Lettonie de semblable à ce qu'elle a montré pour le Koweït. C'est d'ailleurs pourquoi, en l'état actuel de ces deux crises, notre politique de neutralité demeure la seule qui soit solide et crédible.

Quant aux conséquences que l'on peut d'ores et déjà tirer de la guerre du Golfe, elles concernent, au-delà de l'offre traditionnelle de bons offices, aussi bien notre politique de défense, notamment d'armement, que notre réaction nationale aux événements du monde. Sur ce dernier point, un journaliste éclairé disait dans un journal de dimanche dernier que les événements du Golfe et de la Lituanie nous avaient «remis la tête à l'endroit». Je crois bien qu'il avait raison. Pendant près de deux ans, en 1989 et 1990, nous sommes tombés quelque peu dans l'euphorie, dans l'innocence naïve et la méconnaissance totale de ce qu'est, hélas souvent, l'histoire du monde. Nous avons cru arriver totalement et durablement dans la paix, nous avons cru naïvement au désarmement, à l'amitié retrouvée entre les peuples, à la fin de l'antagonisme Est-Ouest, à la démocratie généralisée partout, à la «glasnost».

Or, la chute, ou l'abaissement des barrières liées à l'ignorance de ce que sont les hommes, les peuples et les gouverne-

ments, nous ont fait oublier les menaces d'un nouvel ordre qui s'appellent: prise de conscience de la pauvreté chez ceux qui ne savaient rien en Europe de l'Est, restructurations industrielles et agricoles, envahissements migratoires, prolifération des querelles locales, sont devenus les dividendes de la paix et de la farandole internationaliste. Dès lors, avec le retour de l'occupation de plusieurs petits pays et le retour à la guerre, nous allons devoir réviser quelques-unes des options candides que nous étions en train de prendre. Au nombre de celles-ci, la politique de défense, et notamment la nécessité de doter notre armée des moyens techniques nécessaires à une crédibilité minimum, y compris le choix rapide et la commande définitive d'un nouvel avion de combat, doivent être affirmés. La guerre du Golfe et la mise au pas de certains pays baltes rendent déjà totalement dépassés aussi bien l'appréciation de la menace formulée en novembre dernier par le Conseil fédéral que les propos ultérieurs tenus par certains, y compris des conseillers fédéraux, tout au long de l'année 1990, lesquels croyaient naïvement pouvoir, ces prochaines années, faire des économies sur le budget militaire.

Il en est de même de notre politique alimentaire. L'afflux des consommateurs dans les épiceries pour stocker démesurément, chacun chez soi, une alimentation qui est loin de faire défaut constitue l'illustration qu'il n'est pas de défense générale possible d'un peuple sans un auto-apvisionnement minimum et permanent. Cela n'enlève rien à la nécessité de réformer les structures agricoles, mais cela condamne ceux qui ne veulent qu'une agriculture folklorique, ornementale et environnementale, entretenue grâce à des aides directes de l'Etat et produisant le moins possible – si possible rien – pour permettre d'importer ici ce qui fait pourtant tellement défaut ailleurs.

Tels sont les enseignements que je retire quant à moi pour la Suisse des occupations de petits pays – le Koweït, la Lituanie et la Lettonie – ainsi que de la guerre du Golfe.

Jagmetti: Die beiden Krisen, der schreckliche Krieg im Golf mit seinen Opfern und die Unterdrückung von Demokratie und Selbstbestimmung in den baltischen Staaten, sind Krisen der Wertordnung. Drei zentrale Werte, für die wir einstehen, sind tangiert. Einmal die Demokratie, die wir ja nicht einfach als eine geeignete Staatsform betrachten, sondern als ein Organisationsprinzip, in dem der einzelne nicht einfach der Macht anderer unterstellt ist, sondern an der Gestaltung des Gemeinschaftslebens entscheidend teilnimmt. Dann die Achtung der Menschenwürde, die nach unserer Überzeugung den Respekt der Menschenrechte und den Schutz und die Förderung des einzelnen mit einschliesst. Und im weiteren die Selbstbestimmung der kleinen Gemeinschaften, die ja nicht bloss ein Festrednerthema ist, sondern die Existenzberechtigung unseres Kleinstaates Schweiz zum Inhalt hat und für Kleinstaaten auch ausserhalb unseres Kontinents oder unserer unmittelbaren Nachbarschaft gilt.

Wenn diese Wertordnung tiefgreifend verletzt wird, geht uns das etwas an, auch wenn sich diese Verletzung der Wertordnung ausserhalb unserer Grenzen abspielt. Ich ziehe daraus vier Folgerungen:

1. Wir haben Farbe zu bekennen und zu handeln, wenn die Wertordnung verletzt ist. Wir schweben nicht als Kleinstaat irgendwo wertfrei im Raum, sondern haben unsere Stellung, unsere Überzeugung und eine Grundlage, für die wir eintreten und die in der Schweiz verwirklicht werden soll, die die Schweiz aber auch engagiert in ihren Beziehungen zu den andern zu vertreten hat.

2. Unsere Neutralitätspolitik dispensiert uns nicht von einer Stellungnahme und verbietet uns das Handeln nicht. Dass der Bundesrat am 7. August 1990 die Verordnung über wirtschaftliche Massnahmen gegenüber dem Irak beschlossen hat, begrüsse ich sehr und betrachte sie als eine dieser Handlungen. Heute leben wir eben nicht mehr in der früheren Konstellation europäischer Auseinandersetzungen, sondern in einem weltweiten Netz mit einer Vielfalt der Bezüge und der Arten dieser Bezüge. Hier gilt es klarzulegen, wo wir in diesem Netz stehen, für welche Werte wir eintreten, für welche Werte die Schweiz zu handeln gewillt ist. So sind eine Besinnung auf unsere Neutra-

litätspolitik in einer völlig veränderten Welt – in einer völlig vernetzten Welt, wo nicht mehr ein bipolares Gleichgewicht der Abschreckung vorhanden ist, sondern eine Vielfalt von Bezügen und Problemen – und die Neudefinition dieser Neutralitätspolitik notwendig.

3. Unsere neutralitätsrechtlichen Verpflichtungen, uns von einem bewaffneten Konflikt herauszuhalten, müssen wir – nach meiner Überzeugung – auch in Zukunft einhalten. Es ist allerdings nicht ganz einfach, im Gespräch mit dem Bürger darzulegen, wo die Grenze der Neutralitätspolitik liegt und wo das Neutralitätsrecht beginnt, bei dem wir engagiert sind und engagiert bleiben wollen. Ich verstehe den Bundesrat, dass er wegen dieser neutralitätsrechtlichen Verpflichtungen das Ueberflugverbot angeordnet hat. Ich muss aber sagen, dass es nicht so ganz einfach ist, das auch im Gespräch mit Bürgern darzulegen. Das haben wir alle erfahren. Wir wollen weitermachen und uns bewusst sein, dass wir hier eben die Grenze immer wieder suchen und definieren müssen.

Dass das Abkommen von 1907 nicht mehr ganz der Diktion unserer heutigen Zeit entspricht und dieser weltweiten Vernetzung mit ihren Konfliktherden nicht mehr voll Rechnung trägt, ist uns auch klar. Es wäre vielleicht angezeigt, dass der Bundesrat selbst die Initiative ergreifen würde, um die neutralitätsrechtlichen Verpflichtungen in einer neuen Situation zu umgrenzen.

Es ist jetzt nicht notwendig, unmittelbar zu handeln. Aber es wäre längerfristig erwünscht, dass wir diese Grenze deutlich ziehen. Eines muss dabei klar sein: Neutralitätsrecht und Heraushalten aus dem Konflikt sind für uns Schweizer nicht das bequeme Trittbrett, auf dem wir mitfahren, uns aber ja nicht die Finger verbrennen, sondern es ist eine Haltung, die wir einnehmen, um unsere Verpflichtungen als Kleinstaat in dieser Völkergemeinschaft richtig zu erfüllen.

4. Damit komme ich zu den Verpflichtungen des Kleinstaates in diesen Konfliktsituationen. Es ist die Verpflichtung der Guten Dienste. Ich bin der Meinung, wir sollten keine Gelegenheit verpassen, diese Guten Dienste auch wirklich zu erfüllen, und zwar deshalb, weil wir für diese Wertordnung eintreten. Es geht also nicht darum, durch die Guten Dienste gleichfalls unsere Existenzberechtigung nachzuweisen, sondern darum, diese Wertordnung zu verwirklichen, für die wir eintreten. Nur, Gute Dienste machen nicht das Ganze unserer Politik aus. So sehr ich es begrüsse, dass der Bundesrat Herrn Perez de Cuellar ein Flugzeug zur Verfügung gestellt hat, die ganze schweizerische Politik ist das – da ist der Bundesrat zweifellos einverstanden – nicht! Vielmehr gehören zu diesen Guten Diensten die klare Haltung zur Wertordnung, die Neudefinition unserer Neutralitätspolitik und die Wahrung unserer neutralitätsrechtlichen Verpflichtungen.

Ich bin nicht so überzeugt, dass wir täglich die Gelegenheit zu Guten Diensten haben, dass sich täglich die Möglichkeit anbietet, zur Bewältigung des Konfliktes beizutragen und der Wertordnung zum Durchbruch zu verhelfen. Aber dort, wo es möglich ist, müssen wir das Gespräch führen.

Ich möchte nur zu bedenken geben: Das alles spielt sich vor dem Hintergrund der Werte ab. Mir ist das zentrale Anliegen, für diese Werte einzutreten in allem, was die Schweiz in dieser Krisensituation unternimmt.

Onken: Die Frage, ob der Krieg zu verhindern gewesen wäre, ist heute müssig. Wenn die Chance dazu je bestand, so ist sie jetzt veran. Der Krieg ist seit sechs Tagen in vollem Gange. Der Alptraum ist Wirklichkeit geworden.

Doch was heisst hier für uns schon Wirklichkeit? Die Bilder, die uns erreichen, haben mit der verheerenden Realität dieses Krieges nichts zu tun. Sie sind zugerichtet und zensuriert. Sie sind von kalter, klinischer Sterilität, wie es sich geziemt für die Hochpräzisionstechnologie dieser Kriegsmaschinerie, für den «chirurgischen Eingriff», als den man diesen Krieg beschönigend bezeichnet hat. Es ist grotesk: Die lange Blutspur im Schnee von Wengen nach diesem Skiunfall, die war als ein schreckliches Menetekel aufwühlender und bestürzender als alles, was uns bisher an Bildern, an Dokumentation aus dem Kriegsgebiet gezeigt worden ist. Wir wissen nichts, wir ahnen

nur das Ausmass an Tod und an Verwüstung, physisch, aber auch psychisch, die dieser Krieg gebracht hat – über alle Beteiligten gebracht hat, vor allem aber über das desinformierte, tyrannisierte, verführte und jetzt auch noch menschenverachtend hingepferte irakische Volk.

Doch aus dem, was da geschieht, können wir uns – wie auch immer – nicht herausreden und nicht heraushalten. Wir tragen Mitverantwortung dafür, wir sind daran beteiligt. Denn auch wir waren es, die diesen Mann aufgebaut und ihn so mächtig gemacht haben, wie er heute ist. Wir haben ihm Waffen geliefert und haben davon profitiert. Wenn jetzt Soldaten der verbündeten Streitkräfte fallen, dann auch dank schweizerischer Waffentechnik. Wir haben geschwiegen zum mörderischen Bruderkrieg gegen den Iran. Da kann man das Goethe-Wort zitieren, das der Präsident am letzten Montag genannt hat:

«Wenn hinten, weit, in der Türkei,
Die Völker auf einander schlagen.»

Das war doch unsere Haltung: Wen kümmert's, wer schert sich drum? Wir nahmen auch das Genozid an den irakischen Kurden ohne sonderliche Empörung hin. Wir sind Saddam Hussein nicht in den Arm gefallen.

Wir hatten es schliesslich auch nie sonderlich eilig, haben nie sonderlich gedrängt auf eine Lösung des Palästinenserproblems, dieser Schicksalsfrage auch für Israel. Es ist schon reichlich vordergründig, wenn auch uns jetzt, wo es halbwegs zu spät ist, noch die Sache mit der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Nahen Osten einfällt.

Nicht jene sind des Appeasements zu bezichtigen, die bis zuletzt auf eine Verhandlungslösung gedrängt haben, sondern jene, die jahrelang – ich nehme da niemanden aus, ich klage an und für sich auch niemanden an – diese wachsende militärische Machtballung und ihren offenkundigen Missbrauch passiv hingenommen, ja ihn teilweise durch Aufrüstung sogar gefördert haben. Und jetzt ernten wir die Folgen für diese Lauheit, auch für diese Gewinnsucht. Diese Folgen werden schmerzlich sein auf viele Jahre hinaus, wann und wie auch immer dieser unselige Krieg beendet werden wird. Denn dieser Krieg – das ist schon oft gesagt worden – löst die Probleme nicht; er schafft nur neue. Er schafft unabsehbares menschliches Elend und eine versehrte Umwelt. Er schafft eine destabilisierte Region mit weiter schwelenden Konflikten. Er hinterlässt gedemütigte Völker und ein tiefes, kaum vernarbendes Zerwürfnis mit der gesamten arabischen Welt. Denn niemand möge sich täuschen: Die Regierungen, auch die, die jetzt noch in dieses Bündnis eingebunden sind, stehen nicht für die Menschenmassen ihrer Länder. Er gibt breiten Auftrieb für einen militanten Fundamentalismus. Er schürt auch wieder den Terrorismus, und zwar weltweit; nicht zuletzt bedeutet er ganz allgemein eine Stärkung der Hardliner, der Falken, derjenigen überall auf dieser Welt, die Machtmittel einsetzen wollen.

Was jetzt im Baltikum vor sich geht, hängt mit dem Golfkrieg zusammen, mit diesem Krieg, der die gesamte westliche Welt ablenkt und absorbiert. Man kann doch nicht übersehen, dass da ein unmittelbarer Zusammenhang, eine Interdependenz, besteht und dass wir offensichtlich auch diese – vielleicht schwerwiegendste – Folge hinzunehmen bereit sind.

Was ist zu tun, was kann die Schweiz beitragen? Viele Kollegen haben sich dazu nun schon geäußert. Ich möchte auch noch ein paar Gedanken dazu beitragen:

1. Aussenpolitisch muss die Schweiz, so gut sie es eben kann, darauf hinwirken, dass der Golfkrieg auf den Vollzug der Uno-Resolutionen begrenzt bleibt. Befreiung von Kuwait ist das Ziel, nicht Niederwerfung des gesamten Irak. Es gibt zu denken, wenn ein besonnener Mann wie der englische Premierminister Major sagt, dass der Krieg bis zur Befreiung Kuwaits und bis zur Niederwerfung der irakischen Truppen geführt werde. Diese Eskalation, zum Rachefeldzug sozusagen, muss verhindert werden.

2. Die Schweiz sollte darauf hinwirken, dass die Politik nicht weiterhin derart ohnmächtig bleibt, wie sie es seit Kriegsbeginn ist. Wenn schon die Waffen sprechen, braucht die Diplomatie noch lange nicht sprachlos zu sein. Diese Lähmung muss durchbrochen werden. Der Friede, wie Kollege Dobler schon sagte, muss auch während des Krieges gesucht werden.

3. Die Schweiz muss darauf hinwirken, dass die Beteuerungen, diese vielgehörten Beteuerungen für eine politische, die gesamte Region befriedende Nahostlösung, für eine Nahostkonferenz, für die Schaffung gewaltloser Konfliktregelungen in dieser Region nicht Schall und Rauch bleiben, wenn der Krieg erst einmal vorbei ist. Diese Gefahr besteht ganz real.

4. Ich meine, die Schweiz muss hier und jetzt ein humanitäres, wirtschaftspolitisches Massnahmenpaket aufbauen, das dazu beiträgt, die Kriegswunden zu lindern. Ein Massnahmenpaket wohlgeordnet, das der Schweiz als dem reichsten Land der Welt und seiner humanitären Tradition wirklich würdig ist.

Ich erwähne alle diese aussenpolitischen Forderungen im Wissen um die Schwäche unserer schweizerischen Aussenpolitik, ihrer eklatanten strukturellen und personellen Schwäche, die nicht von ungefähr kommt, sondern die Frucht ist unserer jahrzehntelangen argwöhnischen Zurückhaltung, ja unserer Abstinenz in diesem Bereich.

Das führt mich zu einigen innenpolitischen Erfordernissen:

1. Aufbau aussenpolitischer Instrumente, Stärkung ihrer Strukturen, damit die Wirksamkeit unserer Diplomatie erhöht werden kann. Ohne ein grösseres Engagement der Solidarität unseres Landes, ohne Persönlichkeiten von hohem Ansehen und auch von Gewicht, werden die Guten Dienste, die wir immer wieder anbieten, weiterhin auf die Organisation von Konferenzen in Genf beschränkt bleiben. Das ist zu wenig!

2. Festhalten am militärischen Kern unseres Neutralitätsrechts, gewiss, aber auch umsichtige Ueberprüfung unserer Neutralitätspolitik als eines Instruments der Aussenpolitik und nicht als eines Rechtfertigungsgrundes für Abseitsstehen, wie es auch Kollege Jagmetti formuliert hat. Hier muss wieder Kohärenz, hier muss wieder Verlässlichkeit hergestellt werden.

3. Aufbau – auch in unserem Land, durch unser Land – einer Friedenspolitik, wie sie uns schon oft verheissen, schon oft in Aussicht gestellt worden ist, die aber noch immer reichlich konturlos erscheint.

4. Verbot nicht nur des dubiosen Waffenhandels auf der Drehscheibe Schweiz, wie schon die Puk 1 gefordert hat, sondern auch eine Verschärfung unserer eigenen Ausfuhrpraxis, die ganz einfach zu large ist und die der Schweiz immer wieder als Doppelmoral angelastet wird.

Die Art, wie der Bundesrat die Menschenrechtsklausel handhabt, die Art, wie er auch jetzt wieder die neutralitätspolitischen Aspekte eingebracht und gewichtet hat, gibt mir wenig Hoffnung auf eine wirklich restriktive Praxis bei der Waffenausfuhr. Ein Verbot wäre hier wohl die konsequenteste Lösung.

Das sind einige der Konsequenzen, die aus meiner Sicht in dieser Situation zu ziehen sind. Ich wünsche mir, dass die Bestürzung über diesen Krieg, dass diese Betroffenheit von uns allen so sehr andauert, dass auch solche Folgerungen – nicht nur die sicherheits- und militärpolitischen – wirklich erwogen und gezogen werden.

Frau Meier Josi: Das Thema verdient eine breite Debatte auch in unserem Rat. Ich beschränke mich aber bewusst auf wenige Aspekte des Golfkonflikts und unserer Neutralitätspolitik, nachdem ich in der letzten Session eingehend über das Baltikum sprach.

Lassen Sie mich vorerst meine und sicher auch Ihre Betroffenheit über zweierlei ausdrücken: Trotz intensiven Versuchen der Menschheit in diesem Jahrhundert, Konflikte anders zu lösen als mit Kriegen, führt sie immer noch solche. Das mit Kriegen verbundene namenlose und grausame Leid – präzise Treffer von Waffen hin oder her –, die Schmerzen so vieler einzelner Väter, Mütter, Kinder, Eheleute, Freunde und Kameraden bleiben letztlich unbeschreiblich. Zum zweiten beschäftigt mich gerade deshalb die Art und Weise, wie dieses Geschehen seit dem 2. August 1990, vor allem aber in den letzten Tagen, medienmässig vermarktet und ausgenützt wurde und wie dadurch unsere natürliche Empfindsamkeit auf einen werbewirksamen Prozentteil der Einschaltquote reduziert wurde. Kein Wunder, dass wir von der kürzlich geplanten KSZE-Spezialkonferenz für das von der Schweiz angeregte Verfahren zur nichtstreitigen Konfliktlösung kaum etwas hören oder lesen. Ich wäre Ihnen, Herr Bundesrat, für Hinweise zur entsprechenden Entwicklung dankbar. Diese Entwicklung muss uns dazu

bringen, beim Leitbild der zukünftigen Schweiz – über das wir heute noch sprechen werden – die internationale Solidarität, die Universalität unserer Beziehungen und unsere Disponibilität, den Einsatz für Frieden und Menschenrechte, der Neutralität voranzustellen.

Der Neutralitätsbegriff ist derart komplex, dass selbst Parlamentarier noch Mühe mit ihm haben, wie die Debatte im Nationalrat und hier wieder zeigte. Es kann daher nie genügend klargestellt werden – hier würde ich mit Herrn Jagmetti zusammen eine Initiative auf Modernisierung der völkerrechtlichen Definitionen sehr begrüßen –, dass uns nur das Neutralitätsrecht bestimmtes Tun und Lassen in und zwischen den Kriegen vorschreibt, dass wir aber einen nicht unbeträchtlichen Spielraum in unserer Neutralitätspolitik haben und ihn seit 1848 auch verschiedentlich weit extensiver nutzten als gerade etwa in den fünfzig Jahren zwischen 1940 und 1990. Das Neutralitätsrecht hat uns weder die Teilnahme an den Völkerbund-Sanktionen gegen Italien noch jene an den Uno-Sanktionen gegen den Irak verboten. Die Neutralitätspolitik gebietet uns meines Erachtens sogar die Mitwirkung beim Irak-Boykott, weil das Ausscheren aus der Quasi-Totalität der Staaten auf eine Solidarisierung mit dem Irak und damit auf eine Verletzung des Völkerrechts hinausläuft.

Ob sich beim Ueberflug unseres Landes neutralitätsrechtliche Probleme stellen, ist noch näher zu klären. Der Bundesrat hat das auch in Aussicht gestellt. Sicher ist aber neutralitätspolitisch Zurückhaltung – mit gewissen Ausnahmen – geboten. Bundesrat Felber hat in der Vergangenheit verschiedentlich richtig unterstrichen, dass Neutralität für uns nicht nur ein völkerrechtliches Prinzip, sondern seit Marignano auch ein innenpolitischer Leitsatz ist.

Militärische Einsätze in einer aggressiven Uno-Aktion würden uns vor die gleiche innere Zerreihsprobe stellen, wie die Beteiligung an europäischen Religionskriegen unsere Vorfahren seinerzeit spaltete. Sie haben daher zu unterbleiben. Die Grenzen unserer Einsätze liegen – gesetzliche Grundlagen vorausgesetzt – bei Blauhelm-Aktionen zur blossen Trennung von Streithähnen.

Dem Ausbau aktiver Neutralitäts- und Friedenspolitik steht nicht bloss nichts im Wege – er drängt sich heute, insbesondere für den Depositarstaat der Genfer Konventionen, gebieterisch auf. Ich lobe mir die Vermittlungsversuche des Bundesrates von Anfang Januar. Das Privileg, in Genf Vertreter aller Uno-Mitgliedstaaten dauernd antreffen zu können, verlangt eine entschiedene Weiterführung solcher Versuche. Hier dürfen keine Grenzen gesetzt werden, wenn es darum geht, neue Möglichkeiten der Konfliktlösung aufzuspüren.

Ich begrüsse jede der vom Bundesrat in seiner Erklärung in dieser Richtung geplanten Tätigkeiten, besonders auch Hilfe bei der Schaffung KSZE-ähnlicher Strukturen für den Mittleren Osten und den Maghreb. Ich habe «Maghreb» gesagt, und ich unterstreiche das.

Vorschläge zur Lösung regionaler Probleme im Mittleren und im Nahen Osten werden nicht ausser acht lassen können, dass das Krisengebiet um den Golf heute den ganzen Mittelmeerraum zunehmend infiziert. Solange wir den Frieden zwischen den drei grossen Religionen des Buches nicht zu finden imstande sind, können wir auch nicht auf den Frieden zwischen den Angehörigen dieser Bekenntnisse rund um das *mare nostrum* hoffen.

Ich erinnere Sie auch daran, welcher hohen Anteil von Muslimen es heute beispielsweise in Frankreich gibt; dieser Teil der Bevölkerung wird in Zukunft bedeutend schneller zunehmen als beispielsweise die Angehörigen christlicher Bekenntnisse.

Für alle Beobachter ist klar: Am Ende des militärischen Einsatzes wird in dieser Region alles in Frage gestellt werden, was bestand, bevor der Einsatz begann. Wir werden noch sehr viel Denkarbeit in Sachen Frieden leisten müssen! Schon die arabischen Denkweisen besser verstehen zu lernen ist eben auch eine Voraussetzung für eine Konfliktlösung im Golfgebiet.

Wir können aber mit Handeln nicht warten bis zum Kriegsende. Neben selbstverständlichen humanitären Einsätzen jeder Art möchte ich schon heute zwei Aktionen unterstützen:

1. Herr Kollege Onken sprach eben davon: Die Regelung des Kriegsmaterialexportes ist unbedingt nochmals drastisch zu verschärfen; angesichts der letzten Abstimmung mit einer 49prozentigen Minderheit und vor allem angesichts der heutigen Waffenentwicklung ist ein totaler Stopp ernsthaft zu prüfen. Den Äusserungen von Kollege Gadiet betreffend Technologietransfer schliesse ich mich in dieser Beziehung ebenfalls völlig an.

2. Kriegsschäden in kaum vorstellbarem Umfang – auch wenn Waffen heute präzise treffen können – sind wiederum vorauszusehen. Wirtschaftlich spielt Oel in diesem Konflikt eine Rolle; ich will sie jetzt nicht näher präzisieren. Jedenfalls sollten wir Oel, egal, ob es zu einem Viertel oder zu einer Hälfte monopolisiert werden kann, auch aus strategischen Gründen, nicht nur aus energiepolitischen, sparsamer nutzen.

Wäre es, Herr Bundesrat, nicht einen Versuch wert, die Idee des Mineralölumsatz-Rappens zugunsten der Kriegsoffer rund um das Kampfgebiet für eine zeitlich begrenzte Dauer ins Auge zu fassen? Das käme dem allgemeinen Bedürfnis, etwas zu tun, statt nur zu reden, sehr entgegen.

Eine letzte Bemerkung: In Zeiten derartiger Unstabilität ist es sehr wichtig, dass Horte der Stabilität um so mehr gepflegt werden. Das verlangt von uns, die europäische Einheit entschieden zu fördern und auch im Landesinnern mit dem Gut der Stabilität nicht leichtfertig zu spielen.

Miville: Wir haben jetzt einige wohl vorbereitete und entsprechend hochstehende Referate gehört. Ihnen gegenüber mag abfallen, was ich Ihnen jetzt sage, denn das sind spontane Ueberlegungen, wie sie während dieser Debatte aufgetaucht sind. Es sind sehr persönliche Ueberlegungen. Sie haben nichts mit irgendeiner Partei, mit Uno-Resolutionen oder sonstigen vorgegebenen Bildern zu tun.

Ich möchte einige Dinge sagen, die in dieser Debatte meiner Meinung nach zu kurz gekommen sind. Was ist eigentlich geschehen? Am 2. August 1990 wurde ein Land nicht erobert – im herkömmlichen Sinne –, sondern es wurde vertilgt, es wurde entvölkert, es wurde ausgeraubt mit grösster Grausamkeit, es wurden Leute getötet, es wurden Leute gefoltert. Diesen Beginn der Krise dürfen wir keinen Augenblick aus den Augen verlieren.

Was ist dann geschehen? Man hat dem Aggressor ein halbes Jahr Zeit gelassen mit Zureden, mit Uno-Resolutionen, mit Missionen, mit Verhandlungen jeder Art. Und er hat keine Chance des Nachgebens auch nur im mindesten wahrgenommen. Er hat eine Haltung eingenommen, die geradezu darauf hinauslief, sich über die Welt, die sich gegen ihn stellte, lustig zu machen. Und so brach ein Krieg aus, den wir alle bedauern; aber ich muss Ihnen sagen: Ich habe seit Mitte Dezember keine andere Lösung mehr gesehen. Ich habe keine Variante und keine Lösung gesehen, die dazu hätte führen können, dass dieser Diktator das von ihm gequälte und vernichtete Kuwait preisgegeben hätte. Und nun finden Demonstrationen statt, die zum Teil gar nichts anderes sagen als «Frieden».

Wer nichts anderes sagt als «Frieden», solidarisiert sich bewusst oder unbewusst mit dem Aggressor. Ich kann das nicht anders sehen. Wer nichts anderes sagt als «Frieden», sagt, dass vorerst einmal die irakische Armee in Kuwait zu verbleiben habe; das sagt er. Es läuft auf eine Solidarisierung mit einem Aggressor hinaus, der nun kein Fidel Castro ist und kein Ho Chi Minh – das möchte ich den jungen, linken Leuten sagen, welche diese Demonstrationen durchführen –, das ist kein linker Strahlemann, sondern das ist das genaue Gegenteil dessen, was wir uns unter einem Revolutionär und unter einem Vertreter revolutionärer Völker vorstellen.

Noch etwas ist hier in der Debatte zu wenig gesagt worden: Alle haben sich für den Frieden ausgesprochen. Einer hätte es in der Hand, von einer Stunde auf die andere, von einem Tag auf den anderen, diesen Frieden herzustellen, indem er genau so aus Kuwait hinausmarschiert, wie er einmarschiert ist. Ich bitte Sie doch, diesen Gesichtspunkt nicht zu übersehen. Das wäre die Lösung des Konflikts: der Rückzug des Irak aus Kuwait. Aber glauben Sie nun nicht, dass ich der Meinung bin, damit wäre der Frieden im Nahen Osten oder der Frieden in unserer Welt gesichert; das sicher nicht.

Nach einem solchen Ausgang des Konfliktes, wie ich ihn mir wünsche, nämlich mit dem Rückzug Iraks aus Kuwait, wären der Frieden und die Stabilität noch keineswegs gesichert. Dann kommen die Probleme, das sehe ich auch; Probleme, von denen diese Golfkrise vielleicht nur die Spitze eines Eisberges darstellt; Probleme, die letztlich mit der grossen Auseinandersetzung der Dritten Welt gegen die Industrieländer zu tun haben, mit jener Welt, die in Armut, Verzweiflung und Ausweglosigkeit versinkt, und der andern Welt, die wir repräsentieren und die nicht weiss, wie schnell sie ihre Ressourcen und die Ressourcen der andern verschleudern will.

Diese Probleme allerdings müssen an die Hand genommen werden.

In diesem Sinne wünsche auch ich einer Nahostkonferenz einen möglichst guten Ausgang, obwohl ich feststellen muss, dass zur Zeit der Hass, der abgrundtiefe Hass, insbesondere der Palästinenser gegen Israel und gegen die westliche Welt, einen Faktor darstellt, der nur sehr schwer zu überwinden sein wird.

Letzte Bemerkung: Ich habe Verständnis dafür, dass man nicht nur Kuwait befreien, sondern auch diesen Diktator niederringen will. Nach allem, was er geboten hat – Ermordung von Tausenden von Oppositionellen, von Kurden, Ueberfall auf Kuwait, Geiselauffäre, und wie er jetzt, wiederum völkerrechtswidrig, mit den Kriegsgefangenen verfährt –, kann ich mir also keine Friedensordnung im Nahen Osten vorstellen, innerhalb derer dieser Diktator eine andere Rolle spielen könnte als jene des Bedrohers seiner ganzen Umwelt, vor allem, wenn man sich vor Augen führt, dass er dereinst über Atomwaffen verfügen könnte.

Ich stelle mich hinter die Erklärung des Bundesrates; ergänzt allerdings auch von mir durch die Hoffnung, dass wir in bezug auf Waffenhandel und Waffenexport nun wirklich dem allem Rechnung tragen, was wir hier erleben müssen.

Schoch: Herr Miville hat soeben von dem gesprochen, was ihm im Verlaufe der letzten eineinhalb Stunden, im Verlaufe unserer Debatte, zu wenig zum Ausdruck gebracht worden ist. Ich bin dankbar für das, was Herr Miville der Debatte, die ich auch meinerseits als hochstehende Debatte, als wertvolle Debatte empfunden habe, beigefügt hat.

Ich bin aber der Auffassung, dass zusätzlich zu dem, was Herr Miville soeben formuliert hat, ein Aspekt immer noch zu kurz gekommen ist, und ich gestatte mir, diesen Aspekt hier doch auch nochmals zum Ausdruck zu bringen. Es ist zwar im Verlaufe unserer Debatte zwei-, dreimal – mehr so am Rande – auf die Situation im Baltikum, in den baltischen Staaten hingewiesen worden. Wir dürfen ob all der Tragik im Irak und in Kuwait, im arabischen Raum, die Situation, wie sie sich im Verlaufe der letzten Tage im Baltikum abzuzeichnen begonnen hat, nicht aus dem Auge verlieren.

John F. Kennedy hat seinerzeit – es war im Frühjahr 1963 – in Berlin den mittlerweile längst berühmt gewordenen Ausspruch getan: «Ich bin ein Berliner.» Sie wissen das alle.

Ich möchte an diesen Ausspruch anknüpfen und Ihnen sagen: Wir alle sind Balten, und was im Baltikum passiert, ist für uns – so tragisch das Geschehen im arabischen Raum ist – von ganz zentraler, von vitaler Bedeutung; wir dürfen ob den schrecklichen Ereignissen in Kuwait und im Irak das nicht vergessen, was sich die Sowjetunion in Litauen, Estland und Lettland leistet.

Masoni, Berichterstatter: Ich bedaure sehr, dass die Zeit so weit fortgeschritten ist. Die Debatte ist hochinteressant. Es wäre nötig, die Debatte noch mehr zu vertiefen. Aber ich möchte den Hauptteil dieser Debatte den Departementsvorstehern überlassen. Die wertvolle Diskussion, die hier stattgefunden hat, hat gezeigt, wie die Grundpfeiler unserer Aussenpolitik miteinander in Konflikt geraten können. Zwischen Humanität, Neutralität, Solidarität, Universalität, Disponibilität entstehen Spannungen, und es ist schwierig, insbesondere in diesen schweren, wichtigen Zeiten, das richtige Gleichgewicht, den richtigen Ausgleich zu finden.

Viele Redner haben dieser Zwiespältigkeit, dieser inneren Schwierigkeit Ausdruck gegeben; das ist richtig. Aber es ist

ebenfalls richtig, dass man ein neues Gleichgewicht für die Zukunft erst auf längere Sicht, nicht jetzt, in diesen emotionsgeladenen Zeiten, zu erreichen sucht. Denn wir sind jetzt alle sehr mitgenommen durch die Ereignisse. Es ist sicher nicht der beste Moment, um Lösungen auf lange Sicht zu suchen. Es ist der Moment, dass wir uns um den Bundesrat scharen, ihn dort ermuntern, wo wir seine Stellungnahme teilen, und vielleicht bei einigen Punkten gewisse Akzente setzen, wo wir vielleicht noch eine stärkere Stellungnahme des Bundesrates wünschen.

Zu Neutralitätsrecht und Neutralitätspolitik: Die Kommission hat bewusst in diesem Moment die Haltung des Bundesrates genehmigt und unterstützt, damit diese Diskussion nicht jetzt, in diesem Moment des Krieges und der tragischen Ereignisse im Baltikum, oder nicht gerade zur Zeit der Verhandlungen der EG mit der Efta bezüglich EWR, sondern später erfolgt. Aber es ist klar: Neutralitätspolitik ist in der heutigen Welt neu zu definieren. Die Schweiz allein kann das nicht tun. Es gibt gewisse Punkte, die dem internationalen Recht vorbehalten sind.

Die Neutralitätspolitik wird zum Teil auch durch das Neutralitätsrecht bedingt. Das Bedürfnis besteht, das Neutralitätsrecht in der neuen Welt der allgemeinen Interdependenz neu zu gestalten, was aber die Schweiz nicht alleine darf. Eine Initiative auf diesem Gebiet tut not, doch auf längere Sicht und mit Vorsicht.

Die verschiedenen Redner haben sehr wertvolle Anregungen vorgebracht. Ich glaube, wir dürfen nicht vergessen, dass der Kriegszustand auf Irak zurückzuführen ist. Der Krieg, der durch Irak eröffnet wurde, ist noch nicht beendet. Der Krieg zur Unterdrückung Kuwaits ist noch im Gang. Es ist jetzt eine internationale Aktion im Gange, um diese Besetzung rückgängig zu machen, eben um diesem Krieg ein anderes Ende zu geben als das von Iraks Waffen aufgezwungene *Fait accompli*.

Das darf nicht vergessen werden. Es gibt Leute, die eine gleiche Verurteilung sowohl Iraks als auch der USA und ihrer Verbündeten und der Uno wollen. Aber ich glaube, die Lage ist ganz anders, auch unsere Neutralität in militärischen Sachen ist keine Meinungsneutralität. Richtigerweise hat der Bundesrat diese Unterscheidung getroffen.

Eines ist der Krieg, den wir immer bedauern. Wir sind gegen den Krieg als solchen. Aber etwas anderes ist die Kriegsursache, die besonders zu verurteilen ist: Der Krieg wurde durch Irak entfesselt; er war da, als die Intervention der Uno gestartet wurde, mit dem Ziel, die Folgen jenes Krieges rückgängig zu machen. Das darf man nicht aus den Augen verlieren.

Ich bin auch der Auffassung von Kollege Schoch, dass in der sehr interessanten Diskussion über den Golfkrieg die Lage in den baltischen Staaten, die uns alle direkt angeht, etwas aus den Augen verloren wurde. Ich glaube, es ist zu wichtig für alle Europäer, dass der Bau des gemeinsamen Hauses Europa nicht mit solchen Handlungen anfangen kann; das muss man wiederholen und noch stärker betonen. Wir alle sind für jede Anstrengung, um dieses gemeinsame europäische Haus aufzubauen, und wir hoffen sehr, dass trotz dieser grossen Enttäuschung Perestroika und Glasnost ihren Weg in der Sowjetunion weiter machen werden. Aber man muss klar zu verstehen geben, dass das nicht zu Lasten der Autonomie, der Selbstbestimmung, der Menschenrechte und der Rechte der freigewählten Parlamente in diesen Ländern gehen kann.

Ich möchte, dass dieser Punkt in der Diskussion nicht verlorengelht. Und ich möchte wie die Kommission – und da spreche ich im Namen der Kommission –, dass unsere Regierung nichts zu unternehmen unterlässt, damit das Problem im Rahmen der KSZE wiederaufgenommen wird. Wir wissen, dass Spanien – Spanien leitet im Moment diese Institution – daran ist, die Sache wiederaufzunehmen. Aber die Schweiz soll wirklich handeln, damit auch die Mechanismen, die in der Pariser Charta der KSZE vorgesehen sind, zum Tragen kommen. Ich glaube, die Gelegenheit muss benützt werden, damit man schnell das Mögliche tut, um diesen baltischen Ländern die tatkräftige Solidarität Europas zukommen zu lassen.

Ich bin nicht dafür – obwohl ich Verständnis habe für die Wünsche von Kollege Reymond –, dass man deswegen jede Hilfe an die Sowjetunion sperrt. Das wäre wahrscheinlich nicht angebracht. Aber es ist nach einer Strategie zu suchen, wie wir

diese mögliche Hilfe erbringen werden. Und in dieser Strategie sollte man die Möglichkeit prüfen, die Hilfe an jene Republiken – nicht nur an die drei baltischen, das steht auch im Papier der Kommission – der UdSSR zu leisten, die für Menschenrechte, für Selbstbestimmung, für unsere Werte der Demokratie Verständnis haben, und nicht an jene, die gegen solche Rechte handeln.

Das wäre eine mögliche Strategie. Aber ich glaube, das Departement muss sich damit ernsthaft befassen. Ich möchte nicht, dass nur die Anregung zum Tragen kommt, jede Hilfe zu sperren; das könnte meines Erachtens kontraproduktiv wirken.

Ich will Sie nicht weiter belästigen. Ich möchte Ihnen nur empfehlen, dass dieser Brief an das sowjetische Parlament und an die 15 Parlamente der Republiken, der beim Präsidenten liegt, möglichst von allen Mitgliedern unserer Kammer unterschrieben wird. Es ist wichtig, dass von Parlament zu Parlament solche Mitteilungen erfolgen. Nicht, dass wir uns grosse Illusionen machen, aber wir wissen, dass die Parlamentarier in allen Ländern empfindlicher sind als die Regierungen für solche Werte der Menschheit, für die Menschenrechte, für die Selbstbestimmung, empfindlicher sind für die Freiheit der Parlamente, die in diesen baltischen Republiken so getroffen wurde. Deswegen glauben wir, mit diesem Brief an das sowjetische Parlament und an die Parlamente der Republiken etwas zu tun, um auch dort die Kräfte zu unterstützen, die sicher noch am Werke sind, um die uns lieben Werte der Menschheit, der Demokratie und der Selbstbestimmung zu wahren und zu verteidigen.

M. Felber, conseiller fédéral: Permettez-moi de vous remercier du débat que vous avez ouvert et soutenu cet après-midi sur la base de la déclaration du Conseil fédéral.

J'aimerais tout d'abord préciser un point – puisqu'on nous en fait d'ores et déjà le reproche – la déclaration du Conseil fédéral a été souhaitée par les Chambres. Nous ne l'avons pas imposée et n'avons non plus été les premiers à demander la possibilité de la présenter. Mais si nous ne l'avions pas faite on nous l'aurait reproché.

Deuxièmement, nous ne pouvons pas répondre maintenant à toutes vos propositions, mais vous pouvez être assurés que toutes les idées émises ont été notées et seront analysées attentivement. En effet, nous considérons, avec l'éditorialiste d'un journal de Suisse romande, que la guerre est un échec politique ainsi qu'un échec à la diplomatie. Par conséquent, nous pouvons d'ores et déjà vous annoncer que nous analyserons les projets que vous nous avez soumis, comme celui de la création d'une conférence sur la sécurité et la coopération au Moyen-Orient, selon le modèle de celle qui a été réussie en Europe. Nous analyserons également la proposition présentée par M. Gadiant concernant les hautes technologies dans le domaine de l'armement, les règles internationales qui devraient être admises dans un forum à déterminer pour empêcher le transfert de la haute technologie, le régulariser ou le contrôler, particulièrement dans le domaine de l'armement. Ces éléments sont intéressants à analyser et ils nous permettront sans doute de pouvoir, dans un forum ou un autre, soumettre des propositions en la matière.

Le troisième élément souhaité et soulevé par nombre d'entre vous est constitué par les initiatives en faveur de la paix, la définition des bons offices de la Suisse. Je réitère ici les déclarations que j'ai faites à plusieurs reprises lors de séances de commission ou au Conseil national, ou probablement aussi à cette tribune. Il ne s'agit pas de transformer une politique de bons offices, d'interventions, de proposition d'un pays tel que le nôtre en une politique de déclamations et de gesticulation. Nous sommes dans l'obligation d'analyser chacune des possibilités qui nous sont offertes, de vérifier sa chance d'être acceptée par un Etat ou un groupe d'Etats ou par les belligérants. Nous ne pouvons pas, sans perdre notre crédibilité, annoncer tous les jours les démarches que nous entreprenons. Ce que je puis affirmer ici, par contre, c'est que nombre de démarches que vous avez souhaitées sont d'ores et déjà entreprises par le Département fédéral des affaires étrangères: des contacts avec des pays arabes, européens ou autres, en faveur d'une solution pacifique de ce conflit; des prises de posi-

tion, des contacts avec l'ensemble des ministères des affaires étrangères; des renseignements permanents sur l'évolution du conflit et de la mentalité ainsi que de la volonté des participants à ce conflit de l'arrêter ou de lui donner des limites encore à définir.

Nous faisons cela, nous le ferons, et nous interviendrons certainement publiquement lorsque nous verrons la possibilité d'obtenir, sinon un résultat, du moins un intérêt pour une solution, qui même si elle était abandonnée dans un premier temps pourrait être reprise par d'autres Etats. C'est ce que je puis vous dire, mais excusez-nous, nous ne vous tiendrons pas tous les jours au courant de tout ce que nous faisons, au risque de ne plus être un Etat crédible, mais un Etat gesticulatoire, ce qui serait dangereux. Je mets cela en dehors des aides humanitaires que nous devons entreprendre et que nous entreprendrons.

Enfin, le plus grave problème politique soulevé ici – comme d'ailleurs aussi au Conseil national – est celui de la définition de la politique de neutralité. Le Conseil fédéral est parfaitement conscient que la Convention de la Haye de 1907, qui définit les droits et les devoirs des Etats qui ont une neutralité permanente, datait d'avant la première guerre mondiale, d'avant l'existence même d'organismes de sécurité collective comme l'est aujourd'hui l'Organisation des Nations Unies qui s'est affirmée, au moment des interventions au Koweït, puisqu'on avait pu écarter de cette organisation le poids du conflit Est-Ouest. Il est donc certain que le Conseil fédéral analysera la définition de la politique de neutralité de la Suisse à la lumière des événements nouveaux et de la situation nouvelle dans le monde. Cela ne doit pas être fait sous l'impulsion d'un événement particulier.

Certains en Suisse, au Parlement et dans la presse, se complaisent un peu trop facilement à parler du flottement, de la définition floue de la neutralité qu'aurait donnée le gouvernement. Ou bien, ils ont la mémoire courte, ou bien ils n'ont ni écouté ni lu la position du Conseil fédéral telle que définie au mois d'août 1990.

La politique que nous avons suivie et que nous avons redéfinie la semaine dernière n'est pas différente de la position que le Conseil fédéral a affirmée au mois d'août 1990. Oui, à cause des événements du Koweït, à cause de la solidarité internationale et de l'unanimité des nations qui condamnaient la violation du droit public par un Etat qui attaquait et annexait un petit Etat voisin, oui, notre politique de neutralité nous permet et nous engage à participer aux sanctions décidées par la communauté internationale. Mais nous avons ajouté immédiatement que nous ne participerions pas et ne soutiendrions pas les efforts militaires qui seraient entrepris pour obtenir l'application des résolutions des Nations Unies. N'étant pas membre des Nations Unies, nous n'avons pas été consultés non plus sur la nécessité de participer à une telle forme d'engagement, ni sur la date de l'ultimatum fixée au 15 janvier, c'est-à-dire quatre mois après l'entrée en vigueur des sanctions économiques.

En ce qui concerne la neutralité, nous sommes conscients que le conflit du Golfe n'est pas un conflit armé au sens classique du terme. En l'occurrence, l'affrontement implique d'une part un agresseur – et je vous remercie de l'avoir souligné – qui a violé des normes fondamentales du droit international et, d'autre part, la communauté internationale qui a tout entrepris, avec une rare unanimité, pour permettre un règlement pacifique du différend. La procédure adoptée par les Nations Unies à l'égard de l'Irak constitue un pas vers la réalisation de la sécurité collective. Nous pouvons regretter que l'Irak n'ait pas compris le sérieux de la volonté de la communauté internationale.

Dans la mesure où le fonctionnement efficace et constant du système de sécurité collectif de l'ONU doit encore être démontré, qui aujourd'hui dans cette salle ou ailleurs peut affirmer que la coalition internationale ne sera jamais rompue? La Suisse n'est pas membre de l'ONU, et le Conseil fédéral, en cette période de grandes tensions et d'incertitudes, a donc décidé d'observer une certaine retenue, par une interprétation rigoureuse de notre politique de neutralité face aux questions militaires. Cette attitude s'inscrit dans la très longue tradition

de neutralité de notre pays, et elle représente, comme l'a dit M. Cotti, président de la Confédération, et on ne saurait assez le souligner, une prémisse favorable à toute action de bons offices ou autres de la Suisse au service de la paix. Je souligne cela, car les réactions et les positions adoptées par certains Etats qui ont pris connaissance de notre prise de position et de la définition de notre attitude dès l'ouverture du conflit nous confirment dans le bien-fondé de notre décision, et notamment du côté des Etats arabes.

S'agissant du survol du territoire suisse, où l'on essaie aussi de nous faire jouer sur les mots, nous avons défini très clairement ce que nous entendions par cette interdiction. Je rappelle que, depuis le mois d'août dernier, le Conseil fédéral a déjà annoncé qu'il excluait toute possibilité d'utilisation de notre espace aérien à des fins militaires. Ainsi, l'autorisation de survol ne sera pas accordée à des avions de combat ou à des avions de transport de troupes ou de matériels de guerre. Cela signifie donc bien que nous n'allons pas fermer notre espace aérien, mais en interdire le survol à ceux qui auraient obligatoirement besoin d'autorisations. En revanche, sur la base de l'article 14 de la Convention de La Haye, qui définit, je le rappelle, les droits et les devoirs des puissances neutres en cas de guerre, les services compétents pourront octroyer une autorisation de survol à des fins humanitaires, par exemple à des avions, civils ou militaires, transportant des blessés ou des malades – qu'ils soient civils ou militaires – des réfugiés, du matériel sanitaire et du personnel médical. C'est donc conformément à ce principe que le Conseil fédéral a d'ores et déjà octroyé, comme vous le savez, une autorisation de survol à un avion belge.

L'espace aérien suisse est d'ailleurs actuellement l'objet d'un contrôle permanent grâce à des moyens électroniques. On a ainsi pu constater, d'une part qu'il est possible de surveiller efficacement cet espace aérien, d'autre part que les avions étrangers respectent manifestement – et nous l'avons également appris des ambassadeurs des Etats étrangers – notre décision d'interdire l'utilisation de notre espace aérien.

Voilà ce que je voulais dire à propos de ce problème essentiel de la neutralité. Encore une fois, convaincu de la nécessité, dans une communauté internationale de plus en plus interdépendante et solidaire, dans des situations nouvelles, de définir une politique de neutralité, le Conseil fédéral s'est attelé à ce travail. Les documents sont entre nos mains, des experts sont déjà consultés ou le seront encore, nous ferons cet exercice. Dans la situation actuelle, nous ne pouvons pas imaginer une autre solution que celle que nous avons appliquée.

En ce qui concerne les questions plus spécifiques qui m'ont été posées, je me permettrai d'y répondre rapidement en ce qui concerne certains éléments, et je reviendrai sur la situation dans les Etats baltes.

L'évaluation des avions de combat que la Suisse doit acquérir doit-elle être accélérée? Est-elle terminée? Vous savez que notre aviation n'est plus tout à fait adaptée aux exigences modernes. L'emploi de l'aviation pour surveiller l'espace aérien, par exemple, face aux avions modernes engagés dans la guerre du Golfe pourrait se révéler naturellement difficile. La situation actuelle, notamment dans le Golfe, ne doit cependant pas inciter le Conseil fédéral à s'écarter du problème d'évaluation de nos avions de combat. Vous n'ignorez pas que des Mirage français ont été soumis à une nouvelle évaluation qui sera bientôt terminée. Ainsi, le Conseil fédéral disposera très prochainement d'évaluations et d'analyses récentes qui lui permettront de prendre une décision fondée dans cette affaire.

Nous vous informons par ailleurs que, pour des raisons de logistique, de pièces de rechange ainsi qu'en raison de l'évolution de la situation en Union soviétique, l'appareil soviétique MIG 29 ne sera plus évalué; il n'entre plus en ligne de compte pour notre pays.

Enfin, quelques-uns d'entre vous, plus spécialement M. Rüesch, se sont inquiétés de la situation de la sécurité dans notre pays et de nos services de renseignements. Depuis l'invasion du Koweït par l'Irak, les services de renseignements de la Confédération ont régulièrement suivi l'évolution de la situation. Ils ont évalué et analysé cette dernière à l'intention de leurs mandants, lors de l'entrée en guerre des forces alliées;

les mandats de recherche d'informations ont été adaptés, la cadence des analyses de situations s'est accélérée. Le Conseil fédéral peut se baser sur les analyses quotidiennes de la cellule de crise du Département des affaires étrangères, sur les rapports relatifs à la sécurité intérieure élaborée par la Police fédérale, sur la description de la situation par l'état-major du Groupement de l'Etat-major général, et sur les réflexions de la conférence sur la situation qui se réunit chaque jour. Enfin, la Chancellerie fédérale, dont la centrale d'information fonctionne vingt-quatre heures sur vingt-quatre, transmet au Conseil fédéral les informations les plus récentes diffusées par l'ensemble des médias.

A l'heure actuelle, le gouvernement n'a aucune raison de proposer au Parlement un renforcement général des services de renseignements. Les tâches doivent être maîtrisées grâce aux solutions que nous avons mises en place. Suite aux rapports des deux Commissions d'enquête parlementaires, la conception en matière de renseignements fait cependant l'objet d'un réexamen, c'est certain. Et il n'est pas exclu que, le moment venu, le Conseil fédéral soumette à cet effet au Parlement des mesures dans le secteur du personnel, si celui-ci venait à être insuffisant.

Permettez-moi encore de préciser qu'à partir de la fin de l'année 1989 et tout au cours de la première moitié de 1990 beaucoup se sont laissés aveugler par la fin de la guerre froide. Nous avons été conscients que les conflits peuvent éclater, toujours et partout, hélas, même si le conflit majeur entre l'Est et l'Ouest qui nous a menacés pendant des décennies devenait plus improbable.

Je reviens à ce qui se passe dans les Etats baltes. Le Conseil fédéral, à plusieurs reprises, a déclaré publiquement sa position en ce qui concerne les demandes d'indépendance des Etats baltes; il a reconnu et souligné que, sur la base des accords et des documents de la CSCE, les Etats avaient le droit de déterminer leur indépendance, et avaient le droit acquis à l'autodétermination. Nous avons suggéré à nos interlocuteurs, à l'Union soviétique en particulier, d'entamer des négociations et des pourparlers avec les trois Républiques baltes. L'Union soviétique, au cours des derniers mois de 1990, avant le Sommet de Paris qui s'est tenu à fin novembre de l'année dernière, avait accepté cette voie et décidé d'ouvrir des négociations. Hélas, dès après le Sommet de Paris, nous avons bien dû rapidement déchanter, en constatant que l'Union soviétique rompait l'ouverture qu'elle avait faite au monde et à ses propres républiques. La démission du ministre des affaires étrangères, M. Chevardnadze, était un signe grave de la transformation du climat et de la volonté politique des dirigeants de l'URSS.

Il est aujourd'hui très difficile à un modeste ministre des affaires étrangères représentant un petit gouvernement d'un petit pays de définir ce que deviendra l'Union soviétique et quel sera le pouvoir de M. Gorbatchev, le chef de cet Etat, dans les mois qui viendront. Ce que nous pouvons affirmer, c'est que le Conseil fédéral, par le Département des affaires étrangères, a fait connaître sa désapprobation devant les interventions militaires et policières soviétiques en Lituanie, en Lettonie et même déjà devant celles qui menacent l'Estonie. A plusieurs reprises, nous avons cité à comparaître l'ambassadeur d'URSS ou l'un ou l'autre de ses collaborateurs pour recevoir les protestations officielles de notre pays.

Nous sommes actuellement en train d'analyser la possibilité, avec un certain nombre d'Etats, comme nous membres de la CSCE, proches de nous par leurs structures et leurs lignes politiques, d'utiliser les mécanismes de la CSCE pour tenter d'enrayer ce processus contre les Etats baltes.

Enfin, à partir du 15 janvier dernier, s'est ouverte à Malte la Conférence sur le règlement pacifique des différends. Il est fort probable que le problème des Etats baltes y sera discuté, mais nous ne sommes pas certains que l'on obtiendra par là de véritables résultats.

Dernier élément: le groupe spécialisé du G-24, c'est-à-dire de l'ensemble des pays qui participent à l'aide aux pays d'Europe centrale et de l'Est, se réunira très prochainement. Je crois même que c'est demain qu'il proposera une définition pour l'attitude de l'ensemble des 24 Etats vis-à-vis de l'Union sovié-

tique. Le Conseil fédéral sera saisi très prochainement d'un nouveau document sur l'aide de la Suisse aux pays d'Europe centrale et aux pays de l'Est, qui comprendra un volet concernant l'Union soviétique. Nous ne pouvons pas, aujourd'hui, affirmer que nous pourrions aller jusqu'à l'engagement d'une aide en faveur de l'URSS. Nous vous rendons cependant attentifs à un élément exemplaire: nous n'avons pas l'intention de retirer l'aide que nous apportons dans la région de Tcherno-byll, où des motifs humanitaires nous engagent à poursuivre ce qui a été commencé. Pour le reste, nous n'avons pas d'engagements particuliers ou importants envers l'Union soviétique.

Pour terminer, je souligne que nous avons été heureux d'assister, pour la première fois, à l'unanimité des décisions au sein du Conseil de sécurité des Nations Unies, lorsqu'il s'est agi de condamner l'agression de l'Irak contre le Koweït. La Suisse et tous les petits Etats, nous l'avons souligné, ont besoin de savoir que l'organe de sécurité collective peut aboutir à empêcher une violation du droit international. Nous demeurons donc solidaires de cette prise de position et de cette condamnation de l'Irak. Nous aurions bien sûr – comment aurait-il pu en être autrement – souhaité une solution pacifique à ce conflit. Vous avez été témoins des efforts que nous avons tenté de faire pour aboutir à autre chose qu'à l'éclatement de la guerre.

Si je vous avais parlé au lendemain de ma rencontre avec MM. Baker et Tarek Aziz, je n'aurais pas été très optimiste, après avoir rencontré ces deux personnalités qui étaient d'accord de parler mais totalement fixées sur leurs positions.

Et, encore une fois, nous ne pouvons qu'espérer que la guerre puisse s'arrêter. Mais elle doit aboutir à une solution permettant impérativement le rétablissement de l'Etat du Koweït dans sa souveraineté.

Il nous apparaît de plus en plus clairement combien l'interdépendance des Etats est devenue importante. Le conflit actuel nous enseigne à quel point la Suisse elle-même est tributaire de la protection que lui confère un système international de sécurité digne de ce nom. Sa sécurité dépend du fait que les membres permanents du Conseil de sécurité de l'ONU continuent à trouver, dans tous les conflits et dans celui-ci en particulier, le consensus nécessaire au bon fonctionnement de ses mécanismes.

Voilà ce que nous essayons de faire en poursuivant notre politique. Je tiens encore une fois à vous remercier des propositions que vous nous avez présentées et des remarques que vous nous avez adressées.

Präsident: Ich danke Herrn Bundesrat Felber für seine Ausführungen. Gestatten Sie mir noch zwei, drei Bemerkungen:

Die heutige Debatte brachte nicht nur die Betroffenheit und Besorgnis von Parlament und weiteren Bevölkerungskreisen über den Kriegsausbruch im Nahen Osten, dessen mögliche Ausweitungen und gegebenenfalls Auswirkungen auch auf unser Land zum Ausdruck, sondern – es scheint mir wichtig, das festzuhalten – auch das Bedürfnis nach kompetenter und verlässlicher Information und Einschätzung der Lage von Regierungsseite, allfällige Neuausdeutungen von bisher bewährten aussenpolitischen Maximen wie Neutralität und Solidarität, Appelle zu Konfliktlösungen und die mögliche Einschaltung der Schweiz in baldige Friedensaktionen.

Mit der heutigen Aussprache wird es nicht sein Bewenden haben dürfen. Jeder Kriegsausbruch, ob nah oder fern, vermehrt ganz natürlich das Informationsbedürfnis, führt meines Erachtens auch zum Schlußschluss zwischen den massgebenden Staatsgewalten. Aussenpolitik in solchen Zeiten ist nicht mehr Spielfeld von ein paar Spezialisten. Bevölkerung und Parlament sind in diesen Informations- und Meinungsbildungsprozess vermehrt einzuschalten. Wir werden also in diesen Zeiten nicht darum herumkommen, dem Bundesrat vermehrt Gelegenheit zu geben, sich vor dem Parlament selbst über die internationale Lage und die sich für unser Land ergebenden Schlüsse, Massnahmen und Vorkehrungen zu äussern. Solange die Hochspannung anhält, sollen sich die Ratsbüros über solche Möglichkeiten in jeder Session unterhalten, ohne dass sie grosse administrative oder reglementarische Hindernisse aus dem Weg räumen müssen.

Ich danke nochmals Herrn Bundesrat Felber. Er hat die Wegmarken gesetzt. Er wird Verständnis haben, wenn auch das Parlament als Mittler zwischen Regierung und Volk seine legitimen Informationsbedürfnisse geltend macht. Ich danke dem Bundesrat, dass er auf das Ansuchen, seine Erklärung vor der Vereinigten Bundesversammlung vorzutragen, ohne weiteres eingetreten ist.

90.833

Motion Rüesch Jugend und Sport Jeunesse et Sport

Wortlaut der Motion vom 4. Oktober 1990

Der Bundesrat wird beauftragt, Mittel und Wege zu prüfen, um die Aktivitäten zur Förderung des Sports bei Jugendlichen vom 12. bis zum 14. Altersjahr oder allenfalls vom 10. bis zum 14. Altersjahr zu unterstützen.

Der Bundesrat wird insbesondere beauftragt, so rasch wie möglich eine Revision von Artikel 7 Absatz 1 des Bundesgesetzes über die Förderung von Turnen und Sport zu unterbreiten zwecks Herabsetzung der Alterslimite auf 12, allenfalls 10 Jahre bei Jugend + Sport. Der Inhalt und die Strukturen von Jugend + Sport müssten dann überprüft und den spezifischen Bedürfnissen der Jugendlichen dieser Alterskategorie angepasst werden.

Texte de la motion du 4 octobre 1990

Le Conseil fédéral est chargé d'examiner les moyens de soutenir les efforts et en vue de promouvoir le sport auprès des jeunes de 12 à 14 ans, voire de 10 à 14 ans.

Le Conseil fédéral est chargé notamment de présenter le plus rapidement possible aux Chambres un projet de révision de l'article 7, 1er alinéa de la Loi fédérale encourageant la gymnastique et les sports afin d'ouvrir les activités organisées par le mouvement «Jeunesse et Sport» aux jeunes de 12 ans, voire de 10 ans. Le programme et la structure du mouvement devraient ensuite être examinés afin d'être adaptés aux besoins des jeunes de cette tranche d'âge.

Mitunterzeichner – Cosignataires: Béguin, Cavadini, Cottier, Daniöth, Dobler, Ducret, Hänsenberger, Huber, Hunziker, Iten, Jagmetti, Kuchler, Masoni, Rhinow, Rhyner, Schallberger, Schiesser, Schoch, Uhlmann (19)

Rüesch: Vor 20 Jahren stimmten Volk und Stände dem neuen Verfassungsartikel über Turnen und Sport mit grossem Mehr und mit Begeisterung zu. Die alarmierende Zunahme von Haltungsschäden bei der Jugend und die zunehmende Bewegungsarmut waren damals die Begründung für eine vermehrte Förderung des Sportes in unserem Lande.

Inzwischen sind neue Probleme aufgetreten. Ich denke zum Beispiel an die Drogenszene. Die beste Bekämpfung der Drogensucht liegt bekanntlich in der Prävention. Wir müssen dafür sorgen, dass der Jugendliche gar kein Bedürfnis nach der Droge empfindet. Dies ist dann der Fall, wenn er im Leben noch einen Sinn sieht. Dieser kann für den Jugendlichen in einem schulischen oder beruflichen Ziel liegen, das er erreichen will. In der ausserberuflichen Sphäre bilden kulturelle, soziale oder sportliche Aktivitäten den Ansatz für eine Sinngebung. Wer zum Beispiel ein sportliches Ziel erreichen will, ist viel weniger gefährdet, in die Drogenszene abzugleiten. Sport ist damit auch ein Mittel der Drogenprophylaxe.

Im Rahmen der Aufgabenteilung Bund/Kantone hat man kurz nach dem Inkrafttreten des Bundesgesetzes über Turnen und Sport den Kantonen die Verantwortung für das Schulturnen, dem Bund auf der anderen Seite für die Aktion Jugend + Sport